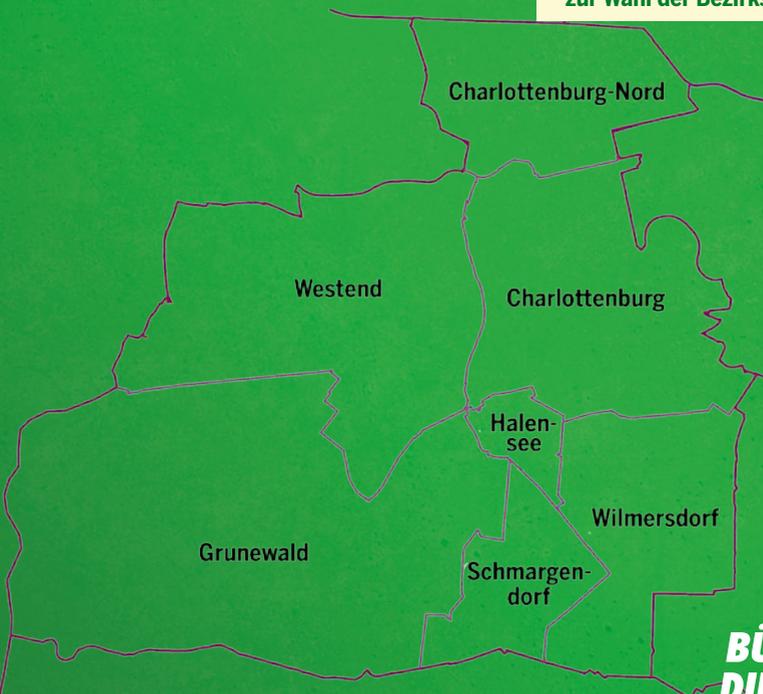


MITEINANDER GRÜN GESTALTEN IN CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

DAS WAHLPROGRAMM zur Wahl der Bezirksverordnetenversammlung 2011



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF



IMPRESSUM:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Charlottenburg-Wilmersdorf

Wahlprogramm zur Wahl
der Bezirksverordnetenversammlung
am 18. September 2011.

Dieses Wahlprogramm wurde von der Bezirksgruppe
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Charlottenburg-Wilmersdorf
am 24.05.2011 beschlossen.

V.i.S.d.P.: Johannes Wätzmann
Fehrbelliner Platz 4
10707 Berlin
Tel.: 030 - 86 42 33 00
Fax: 030 - 86 39 78 65

E-Mail: kv@gruene-cw.de
Webseite: www.gruene-cw.de

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier
mit Farben auf Basis nachwachsender Rohstoffe

Liebe BürgerInnen von Charlottenburg-Wilmersdorf, liebe WählerInnen,

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ausgezeichnet! 2009 wurde unser Bezirk als „Ort der Vielfalt“ von der Bundesregierung für seine besondere Kultur des Miteinanders und der Toleranz gewürdigt. Unser Bezirk ist Heimat für Menschen unterschiedlichster Herkunft und Lebensentwürfe und zählt auch deshalb zu den beliebtesten Stadtteilen Berlins. Die Kehrseite der Attraktivität zeigt sich jedoch in rasch steigenden Mieten und einer Verknappung preisgünstigen Wohnraums.

Neben der City West prägen viele zentrale Einrichtungen und Wahrzeichen der Stadt auch das Berlinbild der BesucherInnen. Wachsender Tourismus und steigendes Investoreninteresse bringen Entwicklungsimpulse, bergen aber auch Risiken: Viele Kinos, Theater, Galerien, traditionsreiche Cafés oder Fachgeschäfte mussten großen Einzelhandelsketten weichen. Zahlreiche Hotelneubauten schmälern die Chancen kleinerer Hotels und Pensionen. Die Umnutzung von Miet- zu Ferienwohnungen verringert das Wohnungsangebot.

Der Grunewald, viele Grünanlagen und Kleingärten sind für die hohe Wohnattraktivität im Bezirk unverzichtbar und verbessern das Stadtklima. Eine Umwandlung von Grünflächen in Bauland ist für uns nicht hinzunehmen. Für den Klimaschutz ist im Bezirk noch eine Menge zu tun. Seine Dächer bieten Platz für Solaranlagen und im Umfeld der Universitäten gibt es beste Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Ideen und Konzepte der klima- und umweltfreundlichen Stadt. Mit einer konsequent klimaschonenden Verkehrspolitik – Vorrang für FußgängerInnen, Radfahren und öffentlichen Personennahverkehr – wollen wir Unfallgefahren und Verkehrslärm reduzieren.

Wir haben in der letzten Wahlperiode erreicht, dass am Stuttgarter Platz eine neue Grünfläche anstelle von Parkplätzen geschaffen und ein jahrelanger Konflikt mit den AnwohnerInnen einvernehmlich gelöst wurde. Durch unsere konsequente Ablehnung konnte die geplante überdimensionierte Bebauung um die Gerhart-Hauptmann-Anlage am Fasanenplatz verhindert werden. Wir werden uns auch in der kommenden Wahlperiode für den Erhalt der bezirklichen Grünflächen, Straßenbäume und Kleingärten einsetzen, damit der Bezirk seinen lebens- und lebenswerten Charakter behält.

Auch in Charlottenburg-Wilmersdorf gibt es soziale Spannungen und Verdrängungstendenzen, die eine politische Antwort erfordern. Die steigenden Mieten, die zunehmende Umwandlung in Eigentumswohnungen und der Trend

zur Luxussanierung dürfen nicht dazu führen, dass angestammte MieterInnen verdrängt werden und ein sozial einseitiges Wohnumfeld entsteht. Auf der Landes- und Bezirksebene werden wir uns dafür einsetzen, dass das Wohnen in den lebendigen Innenstadtquartieren des Bezirks bezahlbar bleibt und bei Neubauprojekten auch preisgünstiger Wohnraum entsteht. Die bestehende Stadteinteilung wollen wir insbesondere in den sozial benachteiligten Wohnlagen in Charlottenburg-Nord und um den Mierendorffplatz fortführen.

Die für ganz Berlin bedeutende Wirtschaftskraft unseres Bezirks und die hohe Arbeitsplatzdichte wollen wir stärken. Die Einzelhandelsstrukturen sorgen für lebendige Geschäftsstraßen, in denen auch im Kiez etablierte Geschäfte Platz haben. Diese wollen wir verstärkt fördern und unterstützen. Dazu wollen wir z.B. im nördlichen und südlichen Teil der Wilmersdorfer Straße durch Einrichtung von Begegnungszonen den FußgängerInnen Vorrang geben und die Aufenthaltsqualität verbessern. Wir setzen uns für den Erhalt und die Förderung der Wochenmärkte ein. Negativen Entwicklungen, die das Leben und Arbeiten, die Wirtschaft und Nahversorgung in unseren Kiezen beeinträchtigen, wollen wir entgegenreten: seien es die zahlreichen Spielhallen, Ansiedlungen von großflächigem Einzelhandel oder die Gefährdung des Messe- und Kongressstandorts rund um das ICC.

Trotz der äußerst angespannten Haushaltslage setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Erhalt der Sozial-, Jugend- und Kultureinrichtungen ein, um für alle Generationen unabhängig vom Einkommen eine zuverlässige soziale Infrastruktur anzubieten. Wir wollen Bildungsvereinen und MigrantInnenverbänden auch weiterhin bezahlbare Räume zur Verfügung stellen. Deshalb haben wir das Haus der ehemaligen Volkshochschule in der Trautenaustraße als interkulturelle Begegnungsstätte „Haus Pangea“ für gemeinnützige Initiativen gesichert. Die Kultureinrichtungen sollen ihre Angebote stärker an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientieren.

Die Vielfalt unseres Bezirks sehen wir als Chance und Verpflichtung zugleich, denn Integration braucht geeignete Rahmenbedingungen und eine Kultur gegenseitiger Anerkennung. Mit aller Konsequenz setzen wir uns gegen Diskriminierung und für Gleichberechtigung ein. Wir lassen nicht zu, dass rechtsradikales Gedankengut das Klima der Toleranz und Offenheit in unserem Bezirk stört.

Bürgerbeteiligung ist für uns kein „Schönwetterthema“: Gerade in Zeiten knapper Kassen wollen wir die BürgerInnen in die politischen Diskussionen und Entscheidungen einbeziehen und den Bürgerhaushalt fortführen. Charlottenburg-Wilmersdorf



Bürgermeisterkandidatin Elfi Jantzen mit Mitgliedern der Grünen Jugend bei einer Kundgebung gegen Rechtspopulismus vor dem Rathaus Charlottenburg

zeichnet sich durch ein hohes Maß ehrenamtlichen Engagements aus. Viele Menschen interessieren und engagieren sich für ihren Kiez. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diese Potenziale für eine ökologische und sozial gerechte Politik nutzen, Probleme anpacken und Fehlentwicklungen begegnen. Wir wollen allen Interessierten ermöglichen, sich mit ihren Ideen und Vorstellungen an Problemlösungen und der Verbesserung ihres Lebensumfeldes zu beteiligen. Dabei setzen wir auf die Kooperation einer bürgerfreundlichen Verwaltung mit den Betroffenen und Interessierten vor Ort.

Mit Ihrer Stimme für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei der BVV-Wahl stärken Sie einer ökologisch und sozial gerechten Politik den Rücken. Unsere KandidatInnen sind seit vielen Jahren in Charlottenburg-Wilmersdorf aktiv und kennen die Besonderheiten und Probleme vor Ort.

Bei den Wahlen am 18. September streben wir nicht nur eine starke Grüne Handschrift an, sondern wollen im Bezirk wie auf der Landesebene stärkste politische Kraft werden. Als Kandidatin für das Amt der Bürgermeisterin für Charlottenburg-Wilmersdorf bitte ich Sie um Ihr Vertrauen. Wählen Sie Grün!

Ihre

Elfi Jantzen

Inhalt

Einleitung	3
BürgerInnenbeteiligung und transparente Verwaltung	7
Grüne Stadtentwicklung	9
Umwelt und Grün	14
Mobilität und Verkehr	18
Wirtschaft und VerbraucherInnen	23
Soziales	28
Gesundheit	33
Vielfalt leben und gestalten	35
Kinder, Jugend und Familie	39
Schule	44
Kultur	47
Sport und Bewegung	50
Haushalt, Finanzen und Verwaltung	52

BürgerInnenbeteiligung und transparente Verwaltung

Der Bezirk ist der Ort, wo sich politische Entscheidungen direkt auf unser Lebensumfeld auswirken. Die BürgerInnen wollen nicht nur bei den Wahlen ihre Stimme für die Politik einer Partei abgeben, sondern auch im Alltag frühzeitig über die politischen Vorhaben in ihrem Bezirk informiert werden und wirksame Mitsprache- und Einflussmöglichkeiten haben. Wir brauchen die Meinung und das Engagement der BürgerInnen, um eine Politik mit und für den gesamten Bezirk gestalten zu können!

Für Engagement und Beteiligung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehmen die Forderung nach Mitbestimmung und frühzeitiger Einbeziehung der BürgerInnen ernst. Mit Hilfe von Bürgerversammlungen, Kiezkonferenzen und Beteiligungsangeboten im Internet wollen wir ihrer Meinung zu den bezirklichen Vorhaben und Projekten frühzeitig Gehör verschaffen und sicherstellen, dass sie bei den politischen Entscheidungen berücksichtigt wird. Für Kiezinitiativen und Verbände wollen wir AnsprechpartnerInnen in der Verwaltung benennen, um das bürgerschaftliche Engagement zu unterstützen. Wir unterstützen die Einführung verbindlicher Bürgerentscheide.



Konferenz mit der BVV-Fraktionsvorsitzenden Nicole Ludwig, Direktkandidatin im Wahlkreis 3 Klausenerplatz, Stutti

Die von uns initiierten Ansätze zur BürgerInnenbeteiligung durch Kiezkonferenzen zum Bürgerhaushalt sollen fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Die knappen Haushaltsmittel sind für uns kein Argument gegen, sondern ein zusätzlicher Anlass für mehr BürgerInnenbeteiligung. Wir wollen eine breite gesellschaftliche Diskussion auch über Ausgabeprioritäten und Einsparmöglichkeiten im Bezirk führen.

Transparenz fördern

Im Baubereich z. B. reicht es nicht, Bebauungspläne im Rathaus auszulegen und die Formulierung von Einwendungen zuzulassen. Wir wollen Bauvorhaben frühzeitig vorstellen und in Bürgerversammlungen diskutieren, damit begründete Einwände und Anliegen durch Investoren und Verwaltung ernst genommen und berücksichtigt werden.

Wir setzen uns für eine neue politische Kultur in Charlottenburg-Wilmersdorf ein. Das heißt für uns, BürgerInnen frühzeitig in die politische Meinungsbildung einzubeziehen und die Entscheidungsabläufe transparent zu machen. Beschwerden und Anregungen sind eine wichtige Bereicherung für Politik und Verwaltung, um die Interessen der von politischen Entscheidungen Betroffenen zu erfahren und frühzeitig berücksichtigen zu können. Wir wollen die Erreichbarkeit der Verwaltung auch über das Internet und mobile Dienste deutlich ausbauen, um eine schnellere und zeitgemäße Kommunikation zu gewährleisten. Zudem muss die Verwaltung den Rechtsanspruch auf Akteneinsicht nach dem Informationsfreiheitsgesetz respektieren und unbürokratisch ermöglichen.

Beiräte und Kommissionen brauchen klar definierte Aufgaben- und Entscheidungsbereiche, damit ihre Beratungen keine Alibiveranstaltungen sind. Wir wollen den Einfluss der bezirklichen Beauftragten und Beiräte für Migration und für Menschen mit Behinderungen auf die bezirklichen Entscheidungsabläufe stärken.

Wer Grün wählt,

- *stimmt für wirksame Beteiligung*
- *sorgt für eine transparente Verwaltung*
- *vergrößert Spielräume für bürgerschaftliches Engagement*
- *verbessert Informationen über Planungen und Vorhaben*
- *bringt mehr Öffentlichkeit in die Diskussion um den Bezirkshaushalt*

Grüne Stadtentwicklung

Grüne Stadtentwicklungspolitik ist nachhaltig, solidarisch und vielfältig und richtet sich zuallererst nach den Bedürfnissen der BewohnerInnen – nicht nach kurzfristigen Renditeerwartungen. Sie orientiert sich an den Zielen des Klima- und Umweltschutzes, setzt sich für ein Wohnungsangebot, das der sozialen Vielfalt des Bezirks entspricht, und für eine spürbare Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum ein. Darüber hinaus stehen wir für eine Stadtplanungs- und Stadtentwicklungspolitik, die es BewohnerInnen ermöglicht, Verantwortung zu übernehmen und mitzugestalten: Wir wollen transparente Planungsverfahren, geförderte Beteiligung und echte Mitbestimmung.

(Klimafreundliches) Wohnen für alle!

Charlottenburg-Wilmersdorf ist als Wohnort beliebt, aber die Mieten steigen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen nimmt zu. Menschen, die sich ihre Wohnung deshalb nicht mehr leisten können, droht bereits jetzt die Verdrängung aus ihren vertrauten Quartieren im Bezirk. Wir wollen, dass ein vielfältig gemischtes Wohnungsangebot einschließlich preisgünstigen Wohnraums in unserem Bezirk erhalten bleibt.

Deshalb setzen wir – auf Bezirks- und Landesebene – auf eine Politik, die Mietsteigerungen begrenzt und Luxussanierungen, Zweckentfremdungen sowie die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen eindämmt. Wir wollen die landeseigenen Wohnungsbestände sichern und den auch bei uns im Bezirk zu beobachtenden Abriss älterer und preiswerter Wohnungen verhindern. Dafür wollen wir auch durch Erhaltungssatzungen (Milieuschutzgebiete) sorgen. Bei Neubauvorhaben in zentralen Lagen wollen wir einen relevanten Anteil preiswerter Wohnungen – z. B. im Rahmen von Städtebaulichen Verträgen – durchsetzen.

Die demografische Entwicklung sehen wir als Chance und Herausforderung: Angebote für Junge und Alte, Familien und Singles, barrierefreies Bauen, generationsübergreifende Wohnformen und Gebäude, die offen für unterschiedliche Nutzungen sind, sind uns wichtig. Wir wollen das gemeinschaftliche Bauen und Wohnen – z. B. durch genossenschaftliche Baugemeinschaften – sowie die Entwicklung neuer Wohnmodelle wie Mehrgenerationen-Wohnen, Baugruppen und Servicewohnen im Alter unterstützen.

Für die Veräußerung des Grundstücks Gierkezeile/Zillestraße (bisher Parkplatz) haben wir einen Mindestanteil von 25 Prozent für eine Baugemeinschaft durchgesetzt. Wir wollen vom Bezirk abzugebende Immobilien bevorzugt an gemeinschaftliche und von den BewohnerInnen selbst bestimmte Wohnprojekte vergeben und Ideen der Umnutzung für preiswertes Wohnen fördern. Die Vergabe soll möglichst in Erbpacht und bei Verkauf nur zu angemessenem Verkehrswert statt im Höchstbieterverfahren erfolgen. Bei Verkäufen öffentlicher Grundstücke durch den Liegenschaftsfonds muss der Bezirk mit seinem Stimmrecht darauf drängen, dass im Bauvorhaben anspruchsvoller Klimaschutz berücksichtigt wird. Auch wollen wir Baugruppen im Bezirk dabei unterstützen, in ihren Projekten vorbildlichen Klimaschutz zu verwirklichen.

Wir setzen uns für die energetische Sanierung (Wärmedämmung) des Wohngebäudebestandes ein. Diese darf nicht einseitig zu Lasten der MieterInnen erfolgen oder zu Verdrängung und sozialer Ausgrenzung führen. Durch Beratungsangebote sollen alle Beteiligten in die Lage versetzt werden, beträchtliche Energie – und damit Kosten – einzusparen.

Planen und Bauen

Die kompakte Stadt der kurzen Wege mit einer engen Verflechtung von Wohnen, Arbeiten, Versorgung, wirtschaftlicher Vielfalt, Erholung, kulturellem und sozialem Leben ist charakteristisch für unseren Bezirk und unser Leitbild für seine weitere Entwicklung. Für Neubauprojekte und städtebauliche Vorhaben müssen standortverträgliche Maßstäbe und hohe Klima- und Umweltstandards gelten. Zur bestmöglichen Reduzierung klimaschädlicher Emissionen und Nutzung erneuerbarer Energien bei Bauvorhaben sollen insbesondere alle bauordnungs- und planungsrechtlichen Instrumente konsequent genutzt werden. Um lokale Identität zu bewahren, ist der Schutz von Baudenkmälern und gewachsenen Strukturen wichtig. Den Bau von Parkplätzen wollen wir einschränken und verbesserte Rahmenbedingungen schaffen für Quartiere, die für Wohnen ohne Auto attraktiv sind.

Um die kleinteiligen Strukturen des örtlichen Einzelhandels nicht zu gefährden, wollen wir die Neuansiedlung von Discountern und anderen großflächigen Verkaufseinrichtungen auf die bestehenden Einkaufszentren und Geschäftsstraßen beschränken. Auch bei den verbliebenen brachliegenden Industrie- und Bahnflächen des Bezirks, wie dem Areal des ehemaligen Güterbahnhofs Grunewald, gilt für uns das Prinzip der maßvollen und nachhaltigen Stadtentwicklung. Die dort vom Eigentümer geplante Errichtung eines großflächigen Möbelmarktes und die damit ver-

bundene, für die Umgebung unverträgliche Verkehrsanbindung, lehnen wir ab. Wir wollen, dass das Gelände als „grüne Insel“ unter Einbezug der denkmalgeschützten Wohngebäude und Werkstätten natur- und stadtverträglichen Nutzungen (z.B. Wohnen, Sport, Freizeit, Kleingewerbe) erhalten bleibt und weiterentwickelt wird.

Planungs- und Baukultur sind für uns selbstverständlich. Wo es möglich ist, setzen wir uns für Wettbewerbe ein. Neben den formalisierten Bebauungsplänen sollen auch informelle Planwerke für besonders betroffene Kieze und wichtige Themen der Stadtentwicklung Perspektiven eröffnen.

Stadtplätze gestalten

Stadtplätze erhöhen die Lebensqualität in der Stadt. Gemeinsam mit den AnwohnerInnen wollen wir z.B. den Bundesplatz wieder attraktiver gestalten und so einen grünen Lebensraum zurückgewinnen. Auch andere urbane Orte wie beispielsweise der Ernst-Reuter-Platz bieten attraktive Möglichkeiten, das Lebensgefühl der Stadt zu verbessern.

Frischer Wind für die City West

Die City West ist mit Kurfürstendamm und Tauentzien ein wichtiges Dienstleistungs- und Einkaufszentrum für Berlin. Wir Grünen wollen, dass sich die City West als ein vitales, zukunftsorientiertes und bewohntes Stadtzentrum weiterentwickelt, dessen historisch gewachsene Identität erkennbar bleibt. Wir stellen fest, dass es in der Vergangenheit bei vielen Projekten, wie z.B. der „Spreestadt Charlottenburg“, versäumt wurde, attraktiven Städtebau zu realisieren. Deshalb setzen wir uns auf Bezirks- und Landesebene für eine dialogorientierte und qualitätsbewusste Bau- und Planungskultur ein.

Für den Kurfürstendamm und sein Umfeld ist es unser Ziel, an einem zukunftsfähigen Gesamtkonzept weiter zu arbeiten, um Attraktivität und Flair dieses Boulevards wiederzubeleben und mit neuen Impulsen zu beflügeln. Die Aufenthaltsqualität von Plätzen, Kreuzungen, Fußgängerbereichen und Parkanlagen wollen wir dort wie auch andernorts im Bezirk nachhaltig erhöhen.

Zur Verbesserung der Bahnanbindung der City West und der Reisebedingungen für viele Touristen, Messe- und KongressbesucherInnen und Geschäftsreisende setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass der Bahnhof Zoo wieder Fernbahnhof wird.

Der Hardenbergplatz ist als zentraler Knotenpunkt mit kurzen und übersichtlichen Wegen zu und zwischen den Verkehrsmitteln zu erhalten und zu stärken. Den Bau einer Tiefgarage unter dem Platz lehnen wir ebenso ab wie die wieder aufkeimenden Ambitionen, hinter dem Bahnhof Zoo ein Riesenrad zu bauen.

Im Umfeld der Hardenbergstraße wollen wir die Technische Universität und die Universität der Künste aktiver als bisher in das urbane Leben einbeziehen. Daher unterstützen wir die Entwicklung der Hochschulen zum Campus Charlottenburg. Die bevorstehenden Veränderungen in der Gebäudenutzung rund um die Hardenbergstraße und am Ernst-Reuter-Platz sind vorrangig für wissenschaftsaffine Ausgründungen und bevorzugt an ExistenzgründerInnen zu vergeben. Diese müssen vom Regionalmanagement aktiv begleitet werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine stadträumliche Aufwertung des Ernst-Reuter-Platzes ein. Wir wollen gemeinsam mit allen relevanten Akteuren Konzepte entwickeln, um diesen Platz lebendiger und vielfältiger nutzbar zu machen.



Ernst-Reuter-Platz

Wir wollen die City West als Kulturstandort stärken und gegen weitere Erosion verteidigen. So bedarf es zukunftsfähiger Konzepte für das ehemalige Schillertheater und das Theater des Westens. Das Amerikahaus wollen wir dauerhaft als kulturellen Ort sichern. Schließlich darf der Betrieb der Berliner Festspiele nicht durch kurzfristige Bauvorhaben in der Gerhart-Hauptmann-Anlage gefährdet werden. Der für die Errichtung von vier großen Stadthäusern aufgestellte Bebauungsplan soll aufgegeben werden.

Der Planungswirrwarr um das ICC und das Messegelände am Funkturm muss aufhören. Trotz der zentralen Bedeutung für Berlin und die City West fehlt bisher ein vernünftiges städtebauliches Gesamtkonzept für dieses Gebiet. Wir fordern vom Senat die Vorlage eines Zeit- und Kostenplans für eine energetisch vorbildliche Sanierung des ICC und die dauerhafte Sicherung des Messestandorts im Bezirk. Der auf dem Standort der Deutschlandhalle geplante Messeerweiterungsbau soll sehr viel teurer werden als geplant. Darum fordern wir vor einer Abrissgenehmigung für die Deutschlandhalle die Erarbeitung eines vergleichenden Alternativentwurfs und einer Kostenschätzung, die den Umbau der Deutschlandhalle für Messezwecke zur Grundlage hat.

Das Olympiagelände muss gemäß seiner historischen und sportkulturellen Bedeutung weiterentwickelt werden. Wir setzen uns für ein Verfahren ein, mit dem seine Teilbereiche und denkmalwerten Bauten schrittweise einer neuen Zukunft zugeführt werden. Vielfältige Sport- und Freizeitaktivitäten für Berliner Kinder und Jugendliche sollen mit der Entwicklung zu einem Schwerpunkt für internationalen Familien- und Jugendtourismus verknüpft werden.

Wer Grün wählt,

- *setzt ein Zeichen für nachhaltige, soziale und umweltfreundliche Stadtentwicklung*
- *stärkt den Zusammenhalt in den Stadtteilen*
- *engagiert sich für bezahlbares Wohnen*
- *will die unverwechselbare Prägung durch Kiez und Metropole für den Bezirk bewahren und mit neuen Ideen lebendig entwickeln*
- *stimmt für mehr Beteiligung und Interessenausgleich bei der Bauleitplanung*

Umwelt und Grün

Natur- und Umweltschutz sind Kernanliegen Grüner Politik – auch auf Bezirksebene. Dabei geht es nicht nur um den Erhalt natürlicher Ressourcen, sondern auch darum, Menschen vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu schützen und die Attraktivität und Lebensqualität unseres Bezirks langfristig zu sichern. Besondere Bedeutung messen wir dabei dem Thema Klimaschutz bei, denn die Folgen des globalen Klimawandels machen auch vor Berlin nicht Halt.

Klimaschutz und Energie

Klimaschutz muss künftig als wichtige Querschnittsaufgabe im Bezirk wahrgenommen werden. Die Einsparung und Effizienzsteigerung von Energieeinsatz in allen öffentlichen Einrichtungen werden wir verstärkt fortführen. Wo der Bezirk selbst baut und modernisiert, muss Klimaschutz vorbildlich verwirklicht werden. Bei öffentlichen Bauvorhaben wollen wir, wie die Städte Frankfurt/M und Freiburg, Passivhausstandard verwirklichen. In der energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden zielen wir Niedrigenergiestandard an. Bei Baudenkmalen setzen wir uns für denkmalverträgliche Lösungen zur Verbesserung der Energiebilanz ein. Wir wollen die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden systematisch vorantreiben und den Bau von Solaranlagen stärker unterstützen, zusätzliche Potenziale für eine vielfältige Nutzung erneuerbarer Energien im Bezirk erschließen und klimaschonende Wärmeproduktion, etwa durch Thermosolaranlagen, Blockheizkraftwerke und Wärmepumpen, ausbauen.

Dazu soll auch die Einrichtung eines Klimaschutzfonds geprüft werden, in welchem Privatgelder gezielt – z.B. für den Bau von Solaranlagen – gesammelt werden können. Und wir werden dafür sorgen, dass Charlottenburg-Wilmersdorf wieder eine(n) Energiebeauftragte(n) bekommt. Wir brauchen auf Bezirksebene nicht nur ein Klimaschutzprogramm, sondern wir müssen den Bezirk auch auf die Auswirkungen der nicht mehr abwendbaren Folgen des Klimawandels vorbereiten.

Die Erfahrungen aus dem Modellprojekt „Klimabüro“ wollen wir nutzen. Hier wird Beratung für effiziente Energieversorgung, energetische Sanierung und Energiesparen für die BewohnerInnen angeboten und die ökologischen Handlungs- und Entscheidungskompetenz vor Ort gestärkt. Dabei ist uns wichtig, dass die ökologischen Modernisierungsmaßnahmen nicht zu untragbaren Mieterhöhungen führen, und eine Verdrängung der angestammten MieterInnen verhindert wird. Wir unterstützen Initiativen wie das Modellprojekt „Ökokiez 2020“ am Klausenerplatz. So werden neue Wege erprobt, um gemeinschaftlich umfassende Klimaschutzziele zu erreichen.

Grün und Umwelt: EU-Mittel für Energiesparen und Klimaschutz

Durch die Stärkung der europapolitischen Kompetenzen der Bezirksverwaltung wollen wir weitere Ressourcen erschließen, um Klima- und Umweltprojekte zu entwickeln und zu finanzieren. Durch die Unterzeichnung des Konvents der BürgermeisterInnen wollen wir die Verpflichtung der europäischen Gemeinden für den Klimaschutz übernehmen.

Grün und Gewässer

Parks, Grünanlagen, Straßenbäume, Kinderspielplätze und Kleingärten, ökologisch intakte Gewässer sowie ein Netz aus miteinander verbundenen Grünstrukturen und Erholungsflächen in unserem Bezirk sind für Klimaschutz, Umweltqualität und ein attraktives Lebensumfeld gleichermaßen unverzichtbar. Die lang geplante grüne Verbindung vom Lietzensee über Bahnhof Westkreuz in Richtung Grunewald muss endlich verwirklicht werden. Der Wander- und Radweg entlang der Spree soll weiter verbessert werden, Lücken in Grünverbindungen entlang der anderen Gewässer nach und nach geschlossen werden. Außerdem wollen wir erreichen, dass die Murellenberge mit ihren hohen landschaftlichen und Erholungsqualitäten in Gänze der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Auch engagieren wir uns für den Teufelsberg als Wald- und Erholungsgelände und eine Sanierung der Türme der ehemaligen Abhörstation als Denkmal des kalten Krieges und einmaligen Aussichtspunkt. Bestehende Kleingartenkolonien wollen wir erhalten ihre öffentlichen Wege sichern sowie nach Möglichkeiten suchen, auch Menschen mit geringem Einkommen die Kleingartennutzung zu erleichtern.

Wir setzen uns dafür ein, dass die öffentlichen Grünanlagen durch eine kontinuierliche und qualifizierte Pflege unter Beachtung des Natur- und Artenschutzes aufgewertet werden. Auf ungenutzten Brachflächen wollen wir Naturerfahrungsräume für Kinder schaffen. Vorhandene Orte der Umweltbildung wie die Gartenarbeitsschule, das Ökowerk und das Waldmuseum mit Waldschule wollen wir erhalten und verbessern. Die Seen und Gewässer sind wichtige Bestandteile unseres Bezirkes. Wir setzen uns dafür ein, dass sie mittel- bis langfristig Badegewässerqualität bekommen.

Auch im privaten Bereich hilft Grün, das lokale Mikroklima zu verbessern und heiße Sommer erträglicher zu machen. Durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit des Bezirksamts in Zusammenarbeit mit Umweltverbänden müssen Anregungen und Anreize für Hof-, Dach- und Fassadenbegrünung geschaffen werden. Wir wollen uns für die Einrichtung von interkulturellen Gartenprojekten und Gemeinschaftsgärten einsetzen, wie beispielsweise auf der neuen Spreeinsel an der Schleuse Charlottenburg. Für die Bereitstellung geeigneter Flächen sollen auch die Wohnungsbaugesellschaften gewonnen werden.

Gemeinsam für Straßenbäume und Parks

Der Umgang mit Straßenbäumen und Parks und ihre Pflege bewegen die BürgerInnen! Durch unsere Initiativen konnte in den vergangenen Jahren eine Veröffentlichung der Fälllisten von Straßenbäumen vorab im Internet gegen den Widerstand des CDU-Baustadtrats durchgesetzt werden. Dies ist ein erster Schritt zu mehr Transparenz, den wir auch für beabsichtigte Baumfällungen in Parkanlagen durchsetzen wollen.

Wir stellen 100 Bänke auf

Ältere vermissen Treffpunkte im öffentlichen Raum und sie vermissen Bänke sowohl in den Parks als auch auf den Straßen, um sich ausruhen zu können. Wir wollen mindestens 100 zusätzliche Bänke aufstellen. Wir werden dafür werben, dass durch „Bankpatenschaften“, übernommen von privaten Spendern, Gewerbetreibende u.a., die Bänke angeschafft, aufgestellt und erhalten werden können.

Wegen der angespannten Haushaltssituation ist eine Partnerschaft von BürgerInnen und Bezirksamt für die Unterhaltung und Pflege des Stadtgrüns wichtiger denn je. Wir haben das Ziel, dass jeder gefällte Straßenbaum nachgepflanzt wird. Dazu sollen Baumpatenschaften und die Übernahme von Baumbewässerungen durch Ehrenamtliche beitragen. Dies kann jedoch nur funktionieren, wenn das Grünflächenamt das Engagement der interessierten BürgerInnen nach besten Kräften unterstützt. Eine Vergabe der Pflegemaßnahmen an Privatunternehmen muss zwingend mit einer verbindlichen fachlichen Aufsicht über diese einhergehen.



Neuer Park, geplant mit BürgerInnenbeteiligung, am Stuttgarter Platz

Luft und Lärm

Die Luftgüte ist immer noch unzureichend und sorgt für unnötige Erkrankungen und Todesfälle. Wir setzen uns für weitere Maßnahmen insbesondere im Verkehrsbereich ein. Der Fuhrpark des Bezirksamtes muss dabei Vorbildfunktion einnehmen. Verkehrslärm ist ebenfalls gesundheitsgefährdend und sozial unverträglich, weil er die ärmeren Bevölkerungsschichten am stärksten trifft. Wir setzen uns dafür ein, dass die Vorschläge der Lärminderungsplanung verwirklicht werden.

Wer Grün wählt,

- *setzt sich für den Klimaschutz ein*
- *fördert die Nutzung erneuerbarer Energien im Bezirk*
- *stimmt für den konsequenten Erhalt und die Pflege unseres Stadtgrüns*
- *setzt sich für den Erhalt an Straßenbäumen ein und sorgt für Ersatz bei Baumfällungen*
- *erleichtert Eigeninitiative und Bürgerengagement bei der Begrünung*

Mobilität und Verkehr

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mit einer zukunftsweisenden Verkehrspolitik dem Klimawandel entgegenwirken, die Wohn- und Lebensqualität im Bezirk erhöhen und die Unfall-, Luft- und Lärmbelastung durch den Autoverkehr verringern. Auf bezirklicher Ebene sind hierzu eine Reihe von Maßnahmen notwendig, die auf Landesebene auch gesamtstädtisch eingefordert werden müssen.

Zu Fuß

Unser Ziel ist, Wege zu Fuß attraktiver und sicherer zu machen und Bewegungsfreiheit und Flächen im Straßenraum für FußgängerInnen zurückzugewinnen. Mehr Zebrastreifen und in Einzelfällen zusätzliche Ampeln sind für sichere Wege nötig. Durch barrierefreie Einmündungen und Kreuzungen mit abgesenkten Bordsteinkanten sollen Eltern mit Kinderwagen, SeniorInnen mit Rollatoren und RollstuhlfahrerInnen besser vorankommen. Die Grünphasen an Ampeln – z.B. an der Bismarckstraße und am Ku'damm – sind auf FußgängerInnen einzustellen, damit die Menschen die andere Straßenseite nicht nur im Laufschrift erreichen. Wir setzen uns für ebenerdige Straßenquerungen ein – z.B. am ICC und beim Fußgängertunnel an der Lewishamstraße.

Im Rahmen einer gesamtstädtischen Strategie wollen wir Tempo 30 in Wohnstraßen vervollständigen und auch den Verkehr auf den Hauptstraßenachsen für AnwohnerInnen verträglicher gestalten. Wo sinnvoll und möglich (z.B. im nördlichen und südlichen Abschnitt der Wilmersdorfer Straße) wollen wir Begegnungszonen einrichten, in denen FußgängerInnen gegenüber Fahrzeugen vortrittsberechtigt sind und Auto- und RadfahrerInnen besondere Rücksicht nehmen müssen. Um den Bahnhof Westkreuz für die angrenzenden Wohngebiete erreichbar zu machen, muss der lang geplante Zugang von der Rönnestraße endlich realisiert werden.

Straßensommer – Sommerstraßen

Straßen zum Erleben, Spielen und Erfahren wollen wir gemeinsam mit den AnwohnerInnen und Gewerbetreibenden an den Sommerwochenenden gestalten. Durch Veränderung der Verkehrsführung oder -regeln wollen wir immer an verschiedenen Orten die Möglichkeit schaffen, Autoverkehr zu reduzieren, um neue Spielgeräte oder Räder auszuprobieren, durch Pflanzen oder Bänke neue Lebensräume zu schaffen. Das erhöht die Lebensqualität und verbessert gute Nachbarschaften.

Mit dem Fahrrad

In den letzten Jahren wurde das Radfahren im Bezirk durch neue Angebote wie Fahrradstraßen (Teufelsseechaussee und Prinzregentenstraße) und Radstreifen z.B. entlang der Schlüterstraße, Wintersteinstraße, Westfälische Straße, Reichstraße und Brandenburgischen Straße bereits attraktiver gestaltet.

Das für den Bezirk erarbeitete Fahrradrouthenetz soll komplett umgesetzt werden. Vor allem an verkehrsreichen innerstädtischen Geschäfts- und Hauptstraßen, wie Kantstraße und Kaiser-Friedrich-Straße, an weitläufigen Plätzen oder in Straßenabschnitten mit konflikt- und unfallträchtigen Radwegen wollen wir die Bedingungen für den Radverkehr verbessern.

Die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder müssen entsprechend dem bezirklichen Fahrradabstellanlagenkonzept ausgebaut werden. Neben genügend Abstellmöglichkeiten vor Bahnhöfen und in Einkaufsbereichen sind sie auch in Wohnstraßen vor den Wohnhäusern zu schaffen. Gewerbetreibenden soll die feste Installation von Fahrradabstellanlagen vor ihren Geschäften ermöglicht werden.

Radverkehr am Ernst-Reuter-Platz

Der Radverkehr in Charlottenburg-Wilmersdorf boomt. Und das obwohl die Infrastruktur immer noch alles andere als zufriedenstellend ist. Wir wollen die Situation für FahrradfahrerInnen verbessern. Den Anfang macht der Ernst-Reuter-Platz. Hier setzen wir uns für rad- und fußgängerfreundlichere Ampelschaltungen ein und werden dafür sorgen, dass der Fahrradweg in beide Fahrtrichtungen befahren werden kann.

Mietfahrräder

Flexibel nutzbare Mietfahrräder sind eine wichtige Ergänzung des Verkehrsangebotes. Sie erleichtern das Radfahren z.B. in Kombination mit Bus- und Bahnfahrten. Damit dieses Angebot im Bezirk und für ganz Berlin wirklich attraktiv wird, muss es ein dichtes Netz von Ausleihmöglichkeiten geben und das Angebot über die Grenzen des S-Bahnringes hinaus konsequent erweitert werden. Um mit dem Fahrrad gelegentliche Transporte zu erleichtern, soll auch der Verleih von Fahrradanhängern oder Lastenfahrrädern erfolgen.



Eröffnung der Fahrradstraße mit der grünen Stadträtin Martina Schmiedhofer, dem Europabgeordneten Michael Cramer, der Bundestagsabgeordneten Lisa Paus sowie der BVV-Fraktionsvorsitzenden Nicole Ludwig

Bike & Business

Um die Klimaziele zu erreichen, müssen auch mehr Anreize geschaffen werden, mit dem Fahrrad zur Arbeit zu fahren. Attraktive Dienst- oder Geschäftsfahrräder könnten manchen Firmenwagen überflüssig machen. Die Kosten sparende Nutzung des eigenen Rades könnte von den ArbeitgeberInnen finanziell honoriert werden.

Tram-Netz erweitern

Straßenbahnen sind schnelle, preiswerte und komfortable Nahverkehrsmittel. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Tram-Netz zügig in den Westen Berlins erweitern und rasch eine Anbindung auch für Charlottenburg-Wilmersdorf über den Mierendorffplatz sowie die City West erreichen. Bei der Diskussion und Entscheidungsfindung über Ausgestaltung und weitere Netzentwicklung setzen wir uns für frühzeitige Öffentlichkeit und BürgerInnenbeteiligung ein.

Baustellen fußgänger- und fahrradfreundlich sichern

An Baustellen ist die Radverkehrsführung oft besonders unübersichtlich und gefährlich, FußgängerInnen werden gerne durch Mäusetunnel oder auf die andere Straßenseite geschickt. Eine Nutzung mit Kinderwagen, Gehhilfen und Rollstühlen ist oft schwierig. Wir wollen, dass der Schutz und die Mobilität der schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen bei Baustellen berücksichtigt werden.

Parkraumbewirtschaftung und Carsharing

Wir halten an dem Ziel fest, den motorisierten Verkehr in unserem Bezirk zu reduzieren und AnwohnerInnen von Lärm- und Luftbelastungen zu entlasten. Dazu brauchen wir eine gesamtstädtische Strategie der Parkraumbewirtschaftung, die die unterschiedlichen Anforderungen in den Kiezen integriert, eine hohe Wohnqualität im Innenstadtbereich sichert und die Anforderungen des Wirtschaftsverkehrs berücksichtigt. An der Ausgestaltung werden wir AnwohnerInnen und Gewerbetreibende beteiligen. Parkhäuser und Tiefgaragen in der Stadt stehen oft halb leer. Deshalb lehnen wir den Bau weiterer Stellplätze grundsätzlich ab. Durch Carsharing (Nachbarn teilen sich Autos) kann der Abschied vom eigenen Auto erleichtert werden. Weniger Autos werden besser genutzt und so der Stellplatzbedarf reduziert. Für Carsharing-Projekte soll Parkraum im öffentlichen Straßenraum und auf öffentlichen Grundstücken, wie z.B. Behördenparkplätzen, zur Verfügung gestellt werden.

Nachhaltige Straßensanierung

Charlottenburg-Wilmersdorf soll zum Pilotbezirk einer ökologischen Straßensanierung mit umweltschonenden und kostenbewussten Lösungen und Verfahren in Berlin werden. Wir setzen uns dafür ein, das vollständige Materialrecycling bei Fahrbahnerneuerungen, nach erfolgreicher Testphase in Hamburg, auch zur Straßensanierung in Charlottenburg-Wilmersdorf anzuwenden. So können Baukosten gesenkt und die Umweltressourcen geschont werden.

Baumaßnahmen sollen mit umwelt- und klimafreundlichen Maßnahmen wie der Entsiegelung von Teilflächen, Erleichterung der Fassadenbegrünung oder der Bepflanzung von Baumscheiben verbunden werden. Durch Reduzierung des Gehwegparkens, erleichterten Fahrbahnquerungen und Fahrradabstellanlagen auch auf Parkplätzen wollen wir mehr Raum für umweltfreundliche Verkehrsarten schaffen. Gegenüber dem Senat werden wir uns dafür einsetzen, dass die rechtlichen und technischen Umsetzungshemmnisse für dieses Modellprojekt beseitigt werden.

Wer Grün wählt,

- *setzt auf weniger Lärm, bessere Luft und mehr Verkehrssicherheit*
- *stimmt für mehr Platz und Bewegungsfreiheit für FußgängerInnen*
- *trägt zur konsequenten Förderung des Radverkehrs bei*
- *schenkt Kindern, Älteren und Mobilitätsbehinderten mehr Beachtung im Verkehr*
- *sorgt für Umweltbewusstsein bei der Straßengestaltung und -sanierung*

Wirtschaft und VerbraucherInnen

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort für Berlin und zudem gekennzeichnet durch eine vielfältige Einzelhandels- und Gewerbestruktur in seinen Kiezen. Unsere Wirtschaftspolitik hat zum Ziel, die wirtschaftliche Vielfalt des Bezirks zu bewahren, seine Wirtschaftskraft zu stärken sowie neue, qualifizierte und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.

Kleingewerbe und Mittelstand fördern

Bei der Wirtschaftsförderung und dem Unternehmensservice des Bezirks legen wir den Fokus auf kleine und mittlere Unternehmen. Von der traditionellen Bäckerei über die internationale Werbeagentur bis zu Ausgründungen der Technischen Universität soll die Vielfalt des Gewerbes auch in Zukunft ihren Platz im Bezirk haben. Der Erfolg des von uns mit initiierten Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrums (UCW) zeigt, dass Angebote zur gezielten Vernetzung gefragt sind.

Die Wirtschaftsförderung muss im Austausch mit den Gewerbetreibenden im Bezirk stehen und sich an deren Bedürfnissen ausrichten. UnternehmerInnen sollen wissen, wo sie schnell und direkt Hilfe bekommen. Dazu setzen wir uns für eine Beratung und Genehmigungserteilung unter einem Dach in einem landesweiten „Haus der Berliner Wirtschaft“ ein. Die gewerbe- und gaststättenrechtlichen Zulassungen und Genehmigungen müssen Hand in Hand mit einer wirtschaftsorientierten Beratung erfolgen. Die Aufsicht über die Gewerbetreibenden und Gastronomiebetriebe muss der Qualitätssicherung und dem VerbraucherInnenschutz dienen.

Tourismus als Wirtschaftsfaktor nachhaltig entwickeln

Unser Bezirk lebt vom Tourismus. Kulturbetriebe, Gastronomie, Beherbergungsgewerbe und Einzelhandel sind auf ihn angewiesen und profitieren von ihm. Wir wollen den Tourismus nachhaltig entwickeln, in enger Zusammenarbeit mit anderen Bezirken und der Landesebene. Mit einem bezirklichen Tourismuskonzept möchten wir ihn nachhaltig fördern und seine Potentiale besser ausschöpfen. TouristInnen sollen den Bezirk auch jenseits von Ku'damm und Taentzien entdecken ohne die Kieze unkontrolliert zu überrollen. Zur Lösung der Probleme mit Reise- oder Stadtrundfahrtbussen brauchen wir eindeutige Regelungen zur Park-, Halte- und Anreisituation.

Der Bedeutung des Tourismus für unseren Bezirk wollen wir durch bessere Koordination der touristischen Aktivitäten in Kontakt mit Hoteliers, Gewerbetreibenden, AnwohnerInneninitiativen und anderen Akteuren Rechnung tragen. Wir setzen uns gegen den fortschreitenden „Hotelwildwuchs“ ein und wollen gemeinsam mit Akteuren der Privatwirtschaft wie visitBerlin, der Industrie- und Handelskammer und dem Hotel- und Gastgewerbeverband Programme entwickeln, damit die kleineren Hotels und Pensionen im Bezirk „wettbewerbsfähig“ bleiben – z. B. durch eine stärkere Profilierung bzw. Spezialisierung ihrer Angebote.

Green Economy als Chance

In Zusammenarbeit mit der universitären Forschung und Lehre rund um den Campus Charlottenburg wollen wir Projekte unterstützen, die sich mit zukunftsorientierten Themen wie Mobilität, erneuerbaren Energien und innovativer Stadtentwicklung beschäftigen. Die Grünen Schwerpunkte stärken nachhaltige Investitionen und schaffen neue Arbeitsplätze. Gerade Charlottenburg-Wilmersdorf mit seiner Wissenschaftslandschaft bietet beste Voraussetzungen für die Vernetzung und Zusammenarbeit mit den innovativen UnternehmerInnen im Bezirk weit über die Umweltbranche hinaus.

Leerstand kreativ nutzen

Mit einem Konzept zur kreativen Zwischennutzung leerstehender Geschäftsräume wollen wir ein Angebot im Bezirk schaffen: für die Vernetzung von Kreativen untereinander und mit VermieterInnen, Gewerbetreibenden und BürgerInnen vor Ort. Ein im Bezirksamt installiertes Leerstandsmanagement soll Räume vermitteln und mit der Wirtschaftsförderung und Kulturschaffenden gemeinsam Kulturinitiativen entwickeln.

Wohnortnahe Versorgung: Bezirk der kurzen Wege

Der Einzelhandel prägt den Kurfürstendamm und die Wilmersdorfer Straße, aber auch die vielen Einkaufsstraßen um die Ecke. Ob Wilmersdorfer Straße oder Reichsstraße, Westfälische Straße oder Rüdeshheimer Platz – jedes dieser kleinen Zentren ist in seiner Gestalt einzigartig. Als Orte der täglichen Begegnung sind sie unentbehrlich für eine wohnortnahe Versorgung und den besonderen Charakter der Quartiere im Bezirk.

Die Wilmersdorfer Straße hat in der Mitte auch durch die Arkaden deutlich an Akzeptanz gewonnen. Der Nord- und Südteil sind jedoch nach wie vor abgehängt. Diese Bereiche wollen wir durch die Änderung der Verkehrssituation besser in ein Gesamtkonzept Wilmersdorfer Straße einbeziehen – etwa durch



Einkaufen im Kiez

die Einrichtung von Begegnungszonen, in denen FußgängerInnen Vorrang vor anderen VerkehrsteilnehmerInnen eingeräumt wird.

Die Ansiedlung von Discountern und Shopping-Arealen außerhalb der bestehenden Einkaufsstraßen lehnen wir weiterhin ab. Die letzten Freiflächen im Bezirk wie am Bahnhof Grunewald dürfen nicht für großflächigen Einzelhandel vermarktet werden. Anonyme Einkaufszentren „auf der Wiese“ schwächen die wohnortnahen Geschäfte und Einkaufsstraßen. Wer vorher zum Laden um die Ecke gehen konnte, hat dann zum Einkaufen weite Wege, mit der Folge steigender Verkehrsbelastung für alle. Die Aktivitäten der vielen Geschäftsstraßen-Initiativen in unserem Bezirk werden wir daher weiter unterstützen und uns (auch auf Landesebene) dafür einsetzen, dass es für Straßengemeinschaften einen größeren Handlungsspielraum gibt.

Die extreme Ausbreitung von Spielhallen belastet ganze Straßenzüge. Das auf Landesebene beschlossene Spielhallengesetz ist ein erster Schritt zur Abhilfe, reicht aber wegen zahlreicher Ausnahmeregelungen und großzügiger Übergangsfristen nicht aus, um die Zahl der Spielhallen zu begrenzen und die Folgen der Spielsucht zu bekämpfen. Hier muss konsequenter gehandelt werden, in Berlin wie auf Bundesebene, wo eine Verschärfung des Baurechts sowie der Spielverordnung lange überfällig ist.

Bio und Fairtrade für alle

Wohnortnahe Versorgung beinhaltet auch Bio-Lebensmittel aus der Region. Konventionelle Nahrungsmittel sind zwar oft unschlagbar billig für uns, belasten aber Klima, Umwelt und Gesundheit und haben negativen Einfluss auf die weltweiten Lebensmittelpreise. Immer mehr Menschen kaufen daher Bio- und Fairtrade-Produkte und fordern das auch von der Gastronomie. Wir wollen das in Pankow bereits eingeführte Smiley-System zur Bewertung der Hygiene in der Gastronomie schnell in unserem Bezirk einführen. Dabei werden wir Gaststätten auch zur Teilnahme an weiteren Programmen, wie einer Bio-Zertifizierung und Fairtrade Town Charlottenburg-Wilmersdorf, motivieren. Den Anteil an Bio-Lebensmitteln in bezirklichen Einrichtungen bei Neuverpackungen wollen wir auf mindestens 50 Prozent erhöhen und mit PächterInnen über eine Anpassung der bestehenden Verträge verhandeln.

Gesundes Essen für alle und miteinander

Ein gesundes Essen in der Schulmensa, nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Seniorinnen und Senioren ist eine Win-win-Situation: Für die SeniorInnen, die ein gesundes Essen erhalten und mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt kommen, für die Kinder und Jugendlichen, weil sie ganz selbstverständlich mit Älteren in Kontakt kommen, und für den Bezirk, der sich über mobile Ältere freut und vielleicht sogar den einen oder anderen fahrbaren Mittagstisch spart. Dieses wollen wir in Form von Modellprojekten erproben.



Wer Grün wählt,

- *unterstützt nachhaltige Wirtschaftsförderung und ökologische Arbeitsplätze*
- *fördert die Stadtverträglichkeit und Nachhaltigkeit des Tourismus*
- *stimmt für wohnortnahe Versorgung und die Unterstützung von Kleingewerbebetreibenden*
- *sorgt für lebendige Geschäftsstraßen ohne Verödung durch Ladenleerstand*
- *setzt auf gesundes Essen in Kantinen und Mensen.*

Soziales

Charlottenburg-Wilmersdorf ist eine beliebte Wohnlage und hat im Vergleich zu anderen Berliner Bezirken geringere soziale Belastungen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in unserem Bezirk soziale Probleme bestehen. Neben besser gestellten Bezirksteilen wie Westend und Grunewald gibt es wachsende sozialpolitische Herausforderungen z.B. im Mierendorffkiez und in Charlottenburg-Nord.

Soziale Stadt

In Charlottenburg-Wilmersdorf darf kein Stadtteil abgehängt werden. Wir wollen die Vernetzung und Zusammenarbeit von AnwohnerInnen, Wohnungsgesellschaften, Unternehmen und bezirklichen Einrichtungen fördern, um sozialstrukturell problematischen Entwicklungen zu begegnen. Stadtteilorganisationen und bürgerschaftliche Initiativen, die sich vielerorts im Bezirk, z.B. am Mierendorffplatz, für Wohnumfeldverbesserungen und soziales Miteinander engagieren, werden wir durch Umverteilung von Mitteln für Kiezarbeit unterstützen. Sozialen Problemlagen wollen wir durch gezielte Fördermaßnahmen im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigung wie z.B. das Projekt der Stadtteilmütter begegnen. Auf Landesebene setzen wir uns dafür ein, Sondermittel zur Förderung wie aus dem Programm Soziale Stadt zu erhalten. Bisher gehen wir leer aus, weil nicht einzelne Quartiere, sondern der Durchschnitt eines Bezirkes zur Grundlage der Förderung gemacht wird.

Engagement unterstützen

Unser Schwerpunkt liegt in der Befähigung von BürgerInnen, ihre Lebenssituation selbst in die Hand zu nehmen: So unterstützen wir Kiezinitiativen und ehrenamtliches Engagement, und verleihen jährlich den „Grünen Zweig“ für besondere Verdienste im Ehrenamt. Das Bezirksamt soll das Engagement von Ehrenamtlichen und Anwohnerinitiativen weiter unterstützen, Interessierte und Hilfesuchende beraten und Ansprechpartner für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sein.

Familien unterstützen

Ausgebildete Stadtteilmütter besuchen andere Familien ihrer Communities mit Kindern bis 12 Jahren in ausgewählten Gebieten des Bezirks. Wichtigstes Ziel ist es, die Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern aus Familien im Bezirk zu stärken und die Eltern zu unterstützen.

Nachbarschaft stärken

Gute Nachbarschaften stärken den sozialen Zusammenhalt und erhöhen die Lebensqualität für alle Generationen. Deshalb fördern wir die Vernetzung von Sozial-, Gesundheits- und Jugendamt, dem JobCenter, Wohnungsbaugesellschaften, dem Wirtschaftsamt und Kleingewerbe. Wir werden die Sozialraumorientierung stärken und Angebote vor Ort bündeln. Bestehende Anlaufstellen wie das Nachbarschaftshaus in der Herbartstrasse, den „Divan“ im Klausenerplatzkiez und die bezirklichen Seniorenclubs wollen wir erhalten und stärker in die Vor-Ort-Vernetzung einbeziehen. Die Aktivitäten der Grünen Sozialstadträtin zur interkulturellen Öffnung der Senioreneinrichtungen werden wir fortführen.

Gemeinschaftliches Wohnen unterstützen

Wir setzen uns ein für generationsübergreifende gemeinschaftliche Wohnformen, die auch im Alter so viel Autonomie wie möglich zulassen: barrierefrei, zentral, lebendig. Wir sind stolz darauf, dass es mit Grüner Unterstützung gelungen ist, in Charlottenburg das deutschlandweit erste Projekt anzusiedeln, in dem alte schwule, lesbische und heterosexuelle Menschen ihren Lebensabend gemeinsam gestalten. Die soziale Vielfalt Berlins spiegelt sich in Charlottenburg-Wilmersdorf wieder und ist eine große Chance für die Entwicklung eines lebendigen solidarischen Miteinanders.



Miteinander alt werden

Selbstbestimmt alt werden

Selbstbestimmung auch im Alter ist Leitlinie unserer Politik. In Charlottenburg-Wilmersdorf steigt der Anteil der Menschen über 65 Jahren an. Für unsere älteren MitbürgerInnen sollen kulturelle und soziale Angebote weiter ausgebaut werden. Die Beratung zum barrierefreien Umbau der Wohnung z.B. in den bezirklichen Pflegestützpunkten soll verstärkt werden. Neben der professionellen häuslichen Pflege wollen wir die ehrenamtliche und nachbarschaftliche Hilfe fördern.

Demenzfreundlicher Bezirk

Unser Bezirk wird auf Initiative der Grünen Sozialstadträtin gemeinsam mit dem geriatrisch-gerontopsychiatrischen Verbund zur „Demenzfreundlichen Kommune“. Im Einvernehmen mit der Polizei wurden fünf „Schutzräume“ festgelegt, in denen orientierungslose Menschen bis zur Rückkehr in ihre Wohnumgebung gut versorgt werden. Der Umgang mit demenziell erkrankten Menschen in der Öffentlichkeit ist eine neue Herausforderung, der das Projekt durch breite Informationsarbeit bereits begegnet, so durch die Information von Gewerbetreibenden und jungen Menschen zum richtigen Umgang mit Betroffenen. Wir wollen das Projekt weiterführen, die Öffentlichkeit stärker sensibilisieren und die Angehörigen unterstützen.

Öffentliche Beschäftigung gestalten

Die rot-rote Landesregierung war nicht bereit, die Verantwortung für die Berliner JobCenter als sogenannte Optionskommune zu übernehmen und hat die Federführung der Bundesagentur für Arbeit überlassen. Mit der Novellierung des SGB II liegt die Arbeitsmarktpolitik alleine in ihrer Verantwortung und der Bezirk ist als kommunaler Träger nur für die Übernahme der Unterkunftskosten und sozialer Maßnahmen zuständig. Der Bezirk kann die geplanten Arbeitsmarktmaßnahmen nur noch zur Kenntnis nehmen. Wir werden verbliebene Einflussmöglichkeiten auf die Maßnahmenplanung auf Bezirks- und Landesebene weiterhin nutzen, um sinnvolle Projekte für Erwerbslose – wie die Stadtteilmütter oder die Sozialmärkte – zu erhalten.

Erwerbslose sinnvoll qualifizieren

Wir wollen Projekte wie das Klimabüro fortführen. Diese Projekte schaffen eine Win-win-Situation für alle Beteiligten. Die Erwerbslosen werden weiter qualifiziert und können sich mit dieser Ausbildung auf dem Erwerbsmarkt bewerben. Der Bezirk und die Gesellschaft profitieren, weil die Projektmitwirkenden ihr Wissen und ihre Unterstützung anbieten und so zu vielen kleinen Verbesserungen beitragen, die am Ende große Wirkung entfalten. Dabei kommt es insbesondere auf die Absicherung der Projektfinanzierung an. Da es den ÖBS so nicht mehr geben wird und die Bürgerarbeit in der Regel eher sechs Monate dauert, müssten hier andere Finanzressourcen erschlossen werden.

Wohnungsverlust vermeiden

Die Verantwortung für die Übernahme der Unterkunftskosten nehmen wir ernst, um „Zwangsumzügen“ und Wohnungsverlusten durch nicht übernommene Mieten vorzubeugen. Dazu gibt es auf Initiative der Grünen Stadträtin eine gut funktionierende Kooperationsvereinbarung zwischen der sozialen Wohnhilfe des Bezirksamtes und dem JobCenter. Auch Menschen, die nicht von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld leben, benötigen Hilfeangebote, um Wohnraumverlust präventiv zu begegnen. Die Anspannung des Wohnungsmarktes macht sich in einem nachgefragten Bezirk wie Charlottenburg-Wilmersdorf besonders bemerkbar. Das „Geschützte Marktsegment“, wo von Wohnungsverlust bedrohte MieterInnen beraten werden und gegebenenfalls eine Wohnung vermittelt bekommen, muss dringend erweitert werden.

Hilfe bei Obdachlosigkeit, Schulden und Suchtproblemen

Für Menschen, die in Obdachlosigkeit abgerutscht sind, benötigen wir mehr betreute Wohnformen, in denen das eigenständige Wirtschaften in Ruhe (wieder) erlernt werden kann. Das auf Grüne Initiative entwickelte Projekt „Probewohnen“ in der Güntzelstraße werden wir erhalten und nach Möglichkeit durch ein weiteres Projekt ergänzen. Für Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen und Suchtberatung ist in den kommenden Jahren ausreichend Geld für freie Träger zur Verfügung zu stellen, damit eine Versorgung auch zeitnah stattfinden kann.

Wer Grün wählt,

- *setzt sich für soziales Miteinander und Bürgerengagement ein*
- *sorgt vor für ein selbstbestimmtes Leben im Alter*
- *unterstützt gemeinschaftliches generationenübergreifendes Wohnen*
- *stärkt sinnvolle Beschäftigung für Erwerbslose*
- *wirkt Wohnungslosigkeit entgegen*
- *fördert soziale Angebote für Jung und Alt*

Gesundheit

Grüne Gesundheitspolitik setzt auf Prävention von Anfang an. Der öffentliche Gesundheitsdienst nimmt eine wichtige Rolle in der Vorsorge von Krankheiten ein – sowohl von Infektionskrankheiten, als auch körperlichen und seelischen Erkrankungen, die oft mit sozialen Herausforderungen einhergehen.

Frühe Hilfen für Familien

Durch die Initiative Grüner Stadträtinnen wurde das „Haus des Säuglings“ als hervorragendes Beispiel für frühe Unterstützung junger Mütter und Väter geschaffen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass niedrigschwellige Beratungen und Hilfen entsprechend dem wachsenden Bedarf ausgebaut werden.

Der Grünen Sozialstadträtin ist es gelungen, ein von der Bürgerstiftung finanziertes Projekt „Spielen lernen“ bereits im zweiten Jahr im Gesundheitsamt anzusiedeln. Junge Mütter in herausfordernden Lebenssituationen kommen mit ihren Kleinkindern unter Leitung einer Psychologin zusammen und werden im Umgang mit ihren Kindern gefördert und betreut.

Die intensiven Erstkontakte für Eltern Neugeborener wollen wir fortführen und auch so Kindesvernachlässigung vorbeugen und jungen Eltern niedrigschwellig Unterstützung anbieten. Die bezirkliche AG Kinderschutz ist der Rahmen, in dem die Vernetzung der am Schutz von Kindern beteiligten Institutionen ausgebaut und praktiziert werden kann.

Zahngesundheit verbessern

Durch die erfolgreiche Arbeit des Zahnärztlichen Dienstes nimmt Karies bei Kindern im Bezirk weiter ab. Dennoch ist hier sehr viel zu tun, damit die soziale Lage nicht beim ersten Lächeln sichtbar wird. Den spielerischen Umgang mit dem Zahnarztstuhl, die kindgerechte Darstellung von kariesfördernden Genussmitteln genauso wie die unterhaltsame Unterweisung im richtigen Zähneputzen mit Kita- und Schulkindern wollen wir weiter unterstützen.

Süchten vorbeugen

Grüne Drogenpolitik setzt auf den Dreiklang von Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung. Drogenabhängige Menschen sind in erster Linie Kranke und nicht Kriminelle. Der Unterschied zwischen legalen und verbotenen Suchtstoffen ist bei der Bekämpfung der Abhängigkeit nicht zielführend. Auch hier gilt: Prävention ist besser als aufwändige Heilung. Deshalb werden wir die Aktivitäten der Grünen Stadträtin im jährlichen Wettbewerb „Rauchen und Saufen – ohne

mich“, an dem sich sehr viele Schulen und Jugendeinrichtungen erfolgreich beteiligen, weiter fortsetzen. In den Schulen muss umfangreich über die Folgen des Drogenkonsums aufgeklärt werden. Alkoholmissbrauch schadet gerade der Gesundheit von Heranwachsenden. Wir wollen daher nach Möglichkeiten suchen, den Zugang von Minderjährigen zu Alkohol weiter zu verringern. Wir befürworten außerdem die Initiative „Frische Luft für Berlin“, die sich für rauchfreie Gaststätten und Spielplätze einsetzt.

Wo durch Drogenkonsum soziale Probleme im öffentlichen Raum entstehen, fördern wir aufsuchende Hilfen, wie sie der Träger „Fixpunkt“ erfolgreich auch im Bezirk anbietet. Vorsorge ist besser als Nachsorge, auch im Dialog: Ein erfolgreiches Beispiel für den Umgang mit Problemen ist der Runde Tisch in Charlottenburg-Nord, in dem AnwohnerInnen, Projektgruppen, Träger sozialer Angebote und Polizei erfolgreich zusammen agieren.

Wer Grün wählt,

- *stimmt für eine präventive Gesundheitspolitik*
- *stärkt die Angebote des öffentlichen Gesundheitsdienstes*
- *fördert frühe Hilfen für Familien und Kinderschutz*
- *wählt Nichtraucherenschutz*
- *unterstützt Suchtprävention und Gesundheitsfürsorge für Drogenkranke*

Vielfalt leben und gestalten

Ziel Grüner Politik ist es, Diskriminierungen jeglicher Art vorzubeugen, Chancengleichheit für alle zu ermöglichen und die Potentiale gesellschaftlicher Vielfalt zu nutzen und zu stärken. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist der gleichberechtigte Zugang aller zu Bildung, sozialer Sicherung und politischer Partizipation zu gewährleisten.

Diversity in Verwaltung und Politik

Arbeitsgruppen und Entscheidungsgremien müssen die gesellschaftliche Vielfalt unseres Bezirks widerspiegeln. Barrieren, die Menschen ausschließen und diskriminieren, müssen abgebaut werden. Dazu ist es wichtig, das Nebeneinander der verschiedenen Gleichstellungspolitiken (Gender, Menschen mit Behinderungen, MigrantInnen) in Richtung eines Miteinanders weiterzuentwickeln und Diversity – die bewusste Förderung von Vielfalt und Unterschiedlichkeit – als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung zu verankern.

Gleichstellung von Männern und Frauen

Geschlechtergerechtigkeit ist ein wesentliches Ziel Grüner Politik. Mit zahlreichen Initiativen in der BVV haben wir darauf hingewirkt, dass gleichstellungspolitische Leitlinien und Gender Mainstreaming in allen Abteilungen des Bezirksamtes umgesetzt werden. Wir treten weiter dafür ein, dass mehr Frauen in Führungspositionen kommen, Frauen und Männern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht wird und die Leistungen und Angebote in allen Bereichen geschlechtersensibel ausgerichtet und für Jungen und Mädchen, Frauen und Männer attraktiv sind.

Dazu gehören die geschlechtsbewusste pädagogische Arbeit sowie jungen- und mädchenspezifische Angebote in der Jugendarbeit ebenso wie die Berücksichtigung der Interessen von Männern und Frauen in Stadtplanung, Sport und Kultur und bei der Seniorenarbeit oder die Unterstützung des Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrums Charlottenburg-Wilmersdorf. Um Jungen und Mädchen ein größeres Spektrum bei der Berufswahl zu eröffnen, werben wir weiterhin für die Teilnahme am Girls' und dem von uns initiierten „Boys'Day“. Wir setzen uns dafür ein, dass bei neuer Benennung oder Umbenennung von Straßen und Plätzen Frauen berücksichtigt werden, bis ein Ausgleich bei weiblichen und männlichen Persönlichkeiten erreicht ist.

Teilhabe für MigrantInnen

Die große Mehrheit der EinwandererInnen sieht sich als Teil unserer Stadtgesellschaft und nimmt aktiv am gesellschaftlichen Leben teil. Sorge bereiten jedoch vor allem hohe Arbeitslosigkeit, häufige Armut und Generationskonflikte in Familien. Der Schlüssel zum Miteinander aller hier Lebenden ist die gesellschaftliche Teilhabe, Zugang zu Bildung, Ausbildung, Erwerbsarbeit und Beteiligung an den politischen Entscheidungen.

Wir unterstützen Aktivitäten z. B. zur Sprachförderung in allen Generationen und gezielte Hilfen in der vorschulischen und schulischen Ausbildung. Menschen ohne deutschen Pass oder EU-Staatsangehörigkeit, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben, sollen die Angelegenheiten im Bezirk mitbestimmen und bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung mitwählen können.

Solange MigrantInnen nicht ausreichend in politischen Gremien und Entscheidungsprozessen repräsentiert sind, bleiben der Beauftragte und der Beirat für MigrantInnenangelegenheiten für die Vertretung ihrer Interessen wichtig. Wir Grüne werden sie auch in Zukunft mit aller Kraft unterstützen und ihre Mitwirkungsrechte stärken.

Sexuelle Vielfalt und Regenbogenlebensentwürfe

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein Ort, wo Menschen gerne leben, unabhängig von ihrer sexuellen Identität. Mit dem „Lebensort Vielfalt“ in der Niebuhrstraße entsteht in Charlottenburg das erste schwule Mehrgenerationenhaus Europas: Beratung, Betreuung, Begegnung und Wohnen unter einem Dach für Jung und Alt, Schwule, Lesben, Trans- und Heterosexuelle.

Um homo- und transsexuellenfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen zu begegnen, wollen wir die Maßnahmen der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ im Bezirk umsetzen und weiter entwickeln. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf Aufklärung und Sensibilisierung in pädagogischen Einrichtungen und der Verwaltung.

Barrierefreies Leben – Behindertenrechtskonvention umsetzen

Wir haben uns bereits in der Vergangenheit dafür eingesetzt, Lebensräume und besonders öffentliche Einrichtungen konsequent barrierefrei zu gestalten, und sehen hier weiterhin einen Schwerpunkt unserer politischen Arbeit. Dabei geht es nicht nur um den Abbau von Barrieren baulicher Natur, sondern z.B.

auch um die verständliche Gestaltung und die Zugänglichkeit von Informationen für alle Menschen mit und ohne Behinderung. Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet den Bezirk, die uneingeschränkte Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen zu verwirklichen. Das lässt sich nicht von heute auf morgen erreichen, wir wollen aber, dass dafür unter Beteiligung des Beauftragten und des Beirats für Menschen mit Behinderung ein Zeit- und Maßnahmenplan erarbeitet wird. Wichtig ist uns insbesondere die inklusive (gemeinsame) Bildung und Erziehung in Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen.

Kein Platz für Rassismus und Menschenverachtung

Wir treten rechtsradikalen und minderheitenfeindlichen Bestrebungen jedweder Form in unserem Bezirk entschieden entgegen – auch wenn sie in bürgerlicher Schale daherkommen oder wenn es um die vermeintlich harmlose Eröffnung von Geschäften mit rechten Szenebekleidungsmarken geht.



Kundgebung gegen eine Versammlung von Rechtspopulisten im Rathaus Charlottenburg

Gemeinsam gegen Rechts

Wir treten entschieden gegen fremdenfeindliche Tendenzen, Diskriminierung und Intoleranz im Bezirk ein. Das betrifft nicht nur Gewalt gegen Menschen und Sachen, sondern auch rechtspopulistische Veranstaltungen. Wir wehren uns gegen privaten Sicherheitsschutz für rechte Veranstaltungen in öffentlichen Gebäuden, die den Zugang zu Rathäusern und anderen Einrichtungen unmöglich macht. Wir wirken auf Vermieter hin, um die Eröffnung von Geschäften, die Kleidung und Utensilien der rechten Szene verkaufen zu verhindern.

Mit einem Aktionsplan gegen Rechts wollen wir auch dem Alltagsrassismus begegnen.

Die Prävention gegen alle Formen des Rechtsextremismus muss deutlich gestärkt werden. An den Schulen und in der Öffentlichkeit muss die Aufklärung über die neuen Nazis verbessert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mehr finanzielle Unterstützung für Präventionsarbeit, darunter die Angebote der interkulturellen Pädagogik, die antirassistische Projektarbeit in den Schulen und die Initiativen gegen Rechts.

Wer Grün wählt,

- *stimmt für die Anerkennung verschiedener Kulturen und Lebensweisen*
- *erkennt vielfältige Lebensentwürfe an*
- *tritt ein für Geschlechtergerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe aller*
- *unterstützt Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen*
- *nimmt Stellung gegen jedwede Form der Diskriminierung und Rassismus*

Kinder, Jugend und Familie

In der Kinder- und Jugendpolitik setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Charlottenburg-Wilmersdorf auf ein Gesamtkonzept, das die einzelnen Einrichtungen, Angebote und Hilfeleistungen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien miteinander verbindet. Sozial-, Kultur-, Jugend-, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sollen stärker zusammenarbeiten und ihre Angebote stadtteilorientiert auf die Interessen und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen ausrichten. Durch bessere Vernetzung der Kitas und Schulen mit Angeboten der Familienbildung und -beratung, Integrationskursen und gesundheitlicher Prävention im Stadtteil können Eltern bei der Erziehung unterstützt, Kinder und Jugendliche besser gefördert und das soziale Miteinander gestärkt werden.

Jugendarbeit stärken

Die Jugendeinrichtungen im Bezirk haben in den letzten Jahren einen tiefgreifenden Wandel erlebt. Angesichts der angespannten Haushaltssituation wurden mehrere Einrichtungen an freie Träger übertragen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Charlottenburg-Wilmersdorf wollen die Angebotsvielfalt der Jugendeinrichtungen in öffentlicher und in freier Trägerschaft erhalten. Das Haus der Jugend in der Zillestraße, das „Anne-Frank-Haus“ in der Mecklenburgischen Straße sowie der D3-Mädchentreff in der Düsseldorfstraße sollen weiterhin als bezirkseigene Jugendzentren betrieben werden. Die Kooperation mit den freien Trägern der Jugendhilfe bei Übernahme und Betrieb der Jugendfreizeiteinrichtungen muss intensiviert und verstetigt werden.

Die Angebote der Jugendhilfe müssen auf den Ausbau der Ganztagschulen abgestimmt und die Öffnungszeiten in die späten Nachmittags- und frühen Abendstunden und auf die Wochenenden verlagert werden. Auf Landesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Bezirke mehr Geld für Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit erhalten.

Kinder und Jugendliche haben (Mitbestimmungs)Rechte

Seit dem 12. März 2010 sind die Kinderrechte dank der Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Abgeordnetenhaus in der Berliner Verfassung verankert. Damit ist ein deutliches Signal für ein kinder- und jugendfreundlicheres Berlin gesetzt. Kinderrechte auf dem Papier reichen allerdings nicht aus. Sie müssen auch im Alltag in Familie, Kitas und Schulen verwirklicht werden und als Querschnittsaufgabe etwa in der Stadt- und Verkehrsplanung eine größere Rolle spielen.

Die frühzeitige Teilhabe und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an sie betreffenden Entscheidungen ist ein zentrales Anliegen Grüner Politik. Das gilt für Mitbestimmung in Kitas und Schulen ebenso wie für die Gestaltung von Spielplätzen und die Politik im Bezirk. Wir wollen deshalb die Mitbestimmung in den Einrichtungen und Projekte wie „Demokratie in der Schule“ fördern. Das Kinder- und Jugendparlament soll weiter unterstützt und besser in Entscheidungen des Bezirks einbezogen werden. Es soll auch über ein eigenes Kinder- und Jugendbudget verfügen.

Bestimmt selbst! Kinder- und Jugendbudget

Wir meinen es ernst mit der Mitbestimmung. Wir wollen das Kinder- und Jugendparlament an Entscheidungen über die Verwendung der Mittel für die Jugendarbeit beteiligen. Und wir wollen dafür sorgen, dass es bei einer bestimmten Summe (Budget) selbst beschließen darf, wofür diese ausgegeben werden soll. Auch Stiftungen oder andere private Geldgeber sollen dieses Budget auffüllen können.

Spiel- und Bewegungsräume erhalten

Spiel und Bewegung sind wichtige Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Spiel- und Bewegungsräume für Kinder erhalten und die Spielplätze rauchfrei, sauber und instand gehalten werden. Bolzplätze sollen auch in Zukunft von Jugendlichen genutzt werden können. Bei Beschwerden wegen Lärmbelästigung wollen wir vermittelnd eingreifen, um Einschränkungen zu verhindern. Wichtig ist uns auch, dass Kinder sicher zu Fuß zur Kita, zum Spielplatz oder zur Schule gehen können. Neben Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass die Jugendverkehrsschulen als pädagogische Einrichtungen im Bezirk erhalten bleiben.



Kinder früh fördern

Kinder müssen früh in Elternhaus und Kita nach ihren Stärken gefördert werden. Ein ausreichendes und gutes Angebot an Kindertageseinrichtungen im Bezirk ist deshalb ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Arbeit. Mit Hilfe des Volksbegehrens des Landeselternausschusses Kita ist es gelungen, die Personalsituation in den Kitas schrittweise zu verbessern. Nun gilt es, die Qualität der Förderung weiter zu entwickeln und dem sich abzeichnenden Mangel an Kitaplätzen entgegen zu wirken.

Wir setzen uns dafür ein, dass sich die pädagogische Arbeit in den Kitas und die Betreuungszeiten an den Bedürfnissen der Kinder und Eltern orientieren und unterstützen die Entwicklung der Kitas zu Kinder- und Familienzentren. Sie sollen eigenständige Lern- und Lebensorte für Kinder und Kommunikationszentren sein, wo Eltern sich treffen und austauschen können und bei der Erziehung und Bildung ihrer Kinder unterstützt werden.

Familienzentren

Wir wollen exemplarisch Kitas zu Familienzentren entwickeln. Über den Kita-Betrieb hinaus werden hier familienorientierte Angebote gebündelt, die den sozialen Austausch und die Elternkompetenz stärken. Das kann von Geburtsvorbereitung bis Erziehungsberatung, von Kochkursen bis Schuldnerberatung und Integrationskursen reichen. Ziel ist es, frühe und leicht erreichbare Angebote zu schaffen, die besonders Familien mit vielfältigen Problemlagen helfen, aus dem Teufelskreis von Armut und schlechter Bildung auszubrechen. Familienzentren sind Treffpunkte für alle Eltern. Hier wird bürgerschaftliches Engagement gelebt.

Familienfreundlichkeit verbessern

An die Erziehung und Bildung der Kinder werden hohe Anforderungen gestellt, die Mütter und Väter alleine oft nicht bewerkstelligen können. Unterschiedliche Lebenslagen der Familien in Berlin erfordern differenzierte Beratungs- und Unterstützungsangebote – von Elternbildung über Kitas bis zu Hilfen zur Erziehung. Diese zu sichern und bedarfsgerecht weiter zu entwickeln und eine kinder- und familienfreundliche Infrastruktur zu schaffen ist Ziel Grüner Politik. Dazu wollen wir das „Lokale Bündnis für Familien“ stärken und Familienfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe im Bezirk verankern.

Die Ferienerholung der Kinder darf auch zukünftig nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Deshalb werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass das etablierte und beliebte Ferienprogramm „Kinder in Luft und Sonne“ im Volkspark Jungfernhöhe erhalten bleibt.

Eltern beteiligen

Was Eltern brauchen, wissen sie selber meist am besten. Ihre Wünsche und Bedürfnisse müssen in allen Einrichtungen und Diensten erfragt und berücksichtigt werden. Das gilt für die Planung von Hilfe- und Unterstützungsangeboten ebenso wie in Kitas und Schulen. Wir wollen die Beteiligung der Mütter und Väter in den bezirklichen Elternausschüssen Kita und Schule stärken und ihre Arbeit inhaltlich und organisatorisch unterstützen.

Eltern stärken!

Vernachlässigung, Gewalt gegen und unter Kindern und Jugendlichen, Suchtprobleme, Sprachförderung – egal welches dieser Probleme die Öffentlichkeit bewegt, wir kommen regelmäßig zu dem Schluss: Ohne Eltern geht es nicht! Deshalb setzen wir uns ein für Eltern- und Familienbildung als Regelangebot für alle Eltern, aber auch gezielte Angebote für spezifische Problemlagen und Gruppen wie Alleinerziehende, sozial Benachteiligte und MigrantInnen. Für Eltern mit wenig Geld soll die Teilnahme an Elternbildungskursen beitragsfrei ermöglicht werden.

Insbesondere Mütter und Väter mit Unterstützungsbedarf, die von sich aus Beratungsangebote nicht in Anspruch nehmen, brauchen in ihrer Lebenswelt vernetzte Angebote. Wir wollen deshalb das Stadtteilmütterprojekt weiterführen und Familienbildung und –beratung und andere Angebote wie Sprach- und Integrationskurse verstärkt in Kitas und Schulen anbieten. So können Eltern-Kind-Zentren als Orte und Treffpunkte für Kinder und Eltern entstehen, wo sich Netzwerke bilden und Selbsthilfe gestärkt wird.

Kinder besser schützen

Das bezirkliche „Netzwerk Kinderschutz“ leistet einen unverzichtbaren Beitrag für die Prävention und rasche Reaktion bei Fällen der Kindervernachlässigung und Kindeswohlgefährdung. Mit einem Ausbau der bezirklichen Kinderschutzkonferenzen wollen wir den Austausch und die Vernetzung der relevanten Akteure verbessern und verstetigen. Kinderschutz ist ein Thema für den gesamten Bezirk – das Bewusstsein hierfür wollen wir mit einer breit aufgestellten Öffentlichkeitsarbeit schaffen.

Wer Grün wählt,

- *stimmt für einen kinder- und familienfreundlichen Bezirk*
- *fördert Angebote für Kinder und Jugendliche*
- *setzt auf Beteiligung von Kindern und Jugendlichen*
- *unterstützt und stärkt Mütter und Väter*
- *tritt ein für frühe Förderung und besseren Kinderschutz*

Schule

Der Zugang zu guter Bildung, die Förderung aller Kinder und Jugendlichen – unabhängig von ihrer Herkunft und den finanziellen Möglichkeiten ihrer Eltern – ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Unsere Bildungspolitik folgt dem Leitbild: Jedes Kind ist einzigartig. Jedes Kind ist begabt. Alle Kinder müssen die gleichen guten Bedingungen haben. An Kindern darf nicht gespart werden. Alle haben Anspruch auf eine hohe Bildungsqualität.

Vielfältige Lern- und Bildungsorte

Charlottenburg-Wilmersdorf verfügt über ein vielfältiges und attraktives Schulangebot. Trotzdem gibt es viel zu tun. Auch bei uns gibt es Schulen mit baulichen Mängeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Mittel für das Schulanlagen- und Sportsanierungsprogramm auf Landesebene deutlich erhöhen und mit bezirklichen Mitteln koppeln.

Ganztagsschulen brauchen mehr und andere Räume als die frühere Halbtagschule. Schulbildung wird interessanter, wenn sie auch in Schulgärten, Lernwerkstätten, Fachräumen, Schulbibliotheken und auf Spiel- und Sportflächen stattfindet. Dafür müssen die Schulen umgestaltet werden. Die SchülerInnen brauchen die Gelegenheit, ein gutes und gesundes Mittagessen aus ökologischem Anbau einzunehmen, für Kinder aus einkommensarmen Familien entgeltfrei. Die Kooperation mit außerschulischen Lernorten wie Kultur- und Umwelteinrichtungen sowie Vereinen (z.B. Jugendkunstschule, Gartenarbeitsschule, Ökowerk, Waldmuseum mit Waldschule, Hochschulen) wollen wir weiter ausbauen. Wir setzen uns für den Umzug der Poelchau-Oberschule auf das Olympiagelände sowie den Erhalt und die Sanierung des Schulstandortes für die Anna-Freud-Oberschule ein.

Gartenarbeitsschule erhalten

In der Gartenarbeitsschule können Kinder und Jugendliche unseres Bezirks auf über einem Dutzend Feldern Gartenarbeit praktisch erfahren – bei Wind und Wetter, ob Sonnenschein oder Regen: Das Gelände bietet ihnen einen grünen Ort zur Umweltbildung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für den Erhalt der Gartenarbeitsschule.

Eine Schule für alle

Der Zusammenhang von Bildungs- und Integrationspolitik ist allgemein erkannt: Bildungserfolg ist der Schlüssel für eine individuell gleichberechtigte Teilhabe und gesellschaftliche Integration. Wir wollen, dass alle Kinder, egal welcher sozialen oder kulturellen Herkunft und mit und ohne Behinderungen gemeinsam lernen und besser gefördert werden. Frühe Sprachbildung, trägt dazu bei, dass Kinder deutscher wie nichtdeutscher Herkunftssprache beim Schuleintritt über ausreichende Kompetenzen in der deutschen Sprache verfügen. Die gemeinsame (inklusive) Erziehung der Kinder mit und ohne Behinderungen ist in Berliner Kitas fast vollständig umgesetzt und auch in vielen Schulen bereits Realität. Die Verpflichtung aus der UN-Behindertenrechtskonvention zur inklusiven Bildung der Kinder mit Behinderungen wollen wir in den nächsten Jahren schrittweise umsetzen. Bei allen Schulsanierungen werden wir daher weiterhin darauf achten, die Gebäude barrierefrei zu machen. Wichtig ist uns auch, die notwendige Assistenz und therapeutische Versorgung sicher zu stellen.

Reformen gut begleiten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben die Reformen für eine bessere individuelle Förderung der Kinder und für mehr Chancengerechtigkeit im Grundsatz begrüßt. Die Einführung der Integrierten Sekundarschulen (ISS) ist ein Schritt in Richtung längeren gemeinsamen Lernens. Für die bessere Förderung der leistungsschwächeren wie der leistungsstärkeren SchülerInnen braucht es neben einer veränderten Lehr- und Lernkultur die entsprechende personelle und auch räumliche Ausstattung. Das gilt auch für die flexible Schulanfangsphase mit jahrgangsübergreifendem Unterricht, die Weiterentwicklung der Ganztagsangebote und die inklusive Bildung der Kinder und Jugendlichen in allen Schulformen.

Unser langfristiges bildungspolitisches Ziel soll weiterhin eine Schule für alle sein, die keine Auslese mehr kennt und Leistungsfähigkeit und soziale Kompetenz durch Förderung, Vorbilder und Unterstützung vermittelt. Wir werden deshalb Schulen unterstützen, die sich auf den Weg zu Gemeinschaftsschulen – von der Grundschule bis zur Sekundarstufe II – machen. Die Sicherung von geeigneten Schulgebäuden und die Unterstützung, Beratung und Werbung für diese Perspektiven sind uns weiterhin wichtig.

Demokratie in der Schule

Schule soll nach Grüner Vorstellung nicht nur ein Lernort, sondern auch ein Lebensort sein, an dessen Gestaltung Kinder, PädagogInnen und Eltern sich gleichermaßen beteiligen. Wir unterstützen ein aktives Engagement von SchülerInnen wie Schülervertretungen, Schülerzeitungen und das Kinder- und Jugendparlament des Bezirks. Wir nehmen die Wünsche und Entscheidungen von Kindern und Jugendlichen ernst und arbeiten für ihre politische Realisierung.

Schulen öffnen

Kinder und Jugendliche brauchen in Schulen Angebote für Gruppen- und Projektarbeit, in selbst organisierten Clubs, Musik-, Spiel- und Sportgruppen, die auch von pädagogisch kompetenten „Laien“ angeboten und angeleitet werden können sowie von älteren Kindern und Jugendlichen.

Gute Schulen arbeiten in Kooperation mit externen PartnerInnen wie Sportvereinen, Musikschulen, Handwerker- und KünstlerInnen sowie anderen Bildungseinrichtungen in ihrer Nähe wie Kitas, Ausbildungsbetriebe und Universitäten. Schule und Jugendhilfe sollen im Interesse der Kinder und Jugendlichen besser zusammenarbeiten und ihre Kompetenzen und Ressourcen für die Bildung und Erziehung bündeln. In einer gemeinsamen sozialraumbezogenen Bildungsplanung sollen die Angebote von Jugendhilfe und Schule miteinander abgestimmt und konkrete Kooperationsprojekte vereinbart werden. Für erfolgreiche Kooperationen brauchen die Partner Zeit und geeignete Strukturen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Schulen bei der Öffnung zum Stadtteil und Kooperationen unterstützen.

Wer Grün wählt,

- *sorgt für gute Bildung in Kitas und Schulen*
- *stimmt für eine zeitgemäße Ausstattung in sanierten, kinderfreundlichen Schulen*
- *tritt ein für inklusive Schulen, die allen Kindern und Jugendlichen gerecht werden und sie bestmöglich fördert*
- *fördert die Kooperation und Öffnung der Schulen zum Stadtteil*
- *setzt auf eine demokratische Schulkultur, die zum Mitmachen einlädt*

Kultur

Wir wollen Charlottenburg-Wilmersdorf als bedeutenden und traditionsreichen Kulturstandort erhalten. Die Schaubühne am Lehniner Platz, die Deutsche Oper, das Haus der Berliner Festspiele müssen der Stadt erhalten bleiben. Ein Boulevardtheater muss im neuen Ku'Damm-Karree eine langfristige Perspektive haben, das Amerika-Haus für eine kulturelle Nutzung gesichert werden. Wir werden auch in der kommenden Wahlperiode Orte für kulturelle Bildung im Bezirk erhalten und ausbauen und das Engagement für Orte der Erinnerung, wie die Einlassung von „Stolpersteinen“ in das Gehwegpflaster, unterstützen.

Vielfältige kulturelle Angebote im Kiez

Wir wollen wohnortnahe Kulturangebote, um die soziale Verbundenheit der Menschen und ihre Beziehung zum Wohnquartier zu stärken. Wir wollen sowohl die kieznahen Stadtteilbibliotheken, die Musikschule und die Volkshochschule erhalten, als auch das Museum des Bezirks in der Villa Oppenheim und die Kommunale Galerie weiter zu dezentralen Kulturzentren entwickeln. Besonders wichtig ist uns eine generationen-übergreifende kulturelle Bildung.

Das Finanzausweisungssystem des Senats behindert die Kulturförderung der Bezirke. Wir fordern feste Zuwendungsbeträge für die kulturelle Bildung der Bezirke, die nach der Zahl der Einwohner und der sozialen Lage des Bezirks berechnet werden. So konnte bereits dank Grünem Engagement der geplante Verkauf des bezirkseigenen Gebäudes der ehemaligen Volkshochschule in der Trautenaustraße verhindert und in der BVV eine Mehrheit für die interkulturelle Nutzung des Gebäudes als „Haus Pangea“ organisiert werden.

Kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche ausbauen

Eine wichtige Aufgabe der Einrichtungen sehen wir in der Förderung der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche. Das beinhaltet auch die beschlossene Nutzung der Remise für Mitmach-Angebote des Museums in der Villa Oppenheim.

Es reicht nicht aus, nur den „Kunstkonsum“ zu fördern, sondern gerade Kinder und Jugendliche müssen zum kreativen Selbermachen angeregt werden. Kulturelle Bildung besonders für Kinder und Jugendliche an außerschulischen Lernorten wie Musikschulen, Museen und Jugendzentren ist für uns eine zentrale Investition in die Zukunft und muss erhalten und möglichst ausgeweitet werden.

Wir werden auch in Zukunft für die notwendige Ergänzung der Ganztagsbetreuung durch Mitmach-Angebote an außerschulischen Lernorten werben und arbeiten, um die Lernfreude und den Lernwillen der Kinder wirksam zu fördern und die PädagogInnen in ihrer Alltagsarbeit zu unterstützen und zu entlasten. Die Arbeit der Kommunalen Galerie und der Villa Oppenheim mit Kindern und Jugendlichen muss finanziell abgesichert werden.

Mitmach-Museum in der „Remise“



Ein Mitmach-Museum für kleine Leute in der Remise neben der Villa Oppenheim: Auf Initiative der Grünen in allen Bezirksvertretungen beschlossen, steht jetzt zur Realisierung an.

Interesse und Engagement älterer Menschen stärken

Weiterbildung für Erwachsene bis ins Seniorenalter und auf Ältere zugeschnittene kieznahe Bildungs- und Kulturangebote sind nicht nur eine Verpflichtung gegenüber den Älteren, sondern auch eine Chance, für BürgerInnenbeteiligung zu werben und ehrenamtliches Engagement weiter zu stärken. Viele Angebote werden nur durch die ergänzende Arbeit von Ehrenamtlichen möglich.

Wer Grün wählt,

- *setzt sich für den Bezirk als traditionsreichen und lebendigen Kulturstandort ein*
- *stimmt für ein vielfältiges kulturelles Angebot für Jung und Alt*
- *stärkt die kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche*
- *unterstützt ehrenamtliches Engagement im Kulturbereich*

Sport und Bewegung

Sport verbindet. Sport beugt vor. Sport ist Herausforderung und Entspannung. So wollen wir den Menschen im Bezirk Zugang zu einem vielfältigen Sportangebot ermöglichen, das für jeden offen ist und einen Beitrag zur individuellen Lebensqualität leisten kann.

Breites Angebot schaffen

Wir wollen den Breitensport fördern und auch den Menschen, die sich nicht in Vereinen organisieren wollen, weitere Möglichkeiten für Sport und Bewegung bieten. Dafür gilt es in erster Linie Bewegungs- und Spielräume in Parks und Grünanlagen zu sichern und im öffentlichen Straßenraum zurückzugewinnen. Besonders geeignete Laufstrecken, Rundkurse für RadfahrerInnen und Inline-SkaterInnen (z.B. „Rund um den Olympiapark“) werden ausgeschildert, um die Attraktivität zu steigern. Hindernisse für RadfahrerInnen werden ausgeräumt. Weitgehende Einschränkungen der Öffnungszeiten oder gar Schließungen von Bolzplätzen wollen wir verhindern. Bei der Vergabe der Sportanlagen werden wir verstärkt auf eine gerechte Verteilung für alle NutzerInnengruppen achten. Auch der nicht organisierte Sport braucht Hallenzeiten und Plätze.

Unsere Sportvereine arbeiten sehr erfolgreich im Breiten- und Leistungssport. Sie leisten darüber hinaus mit großem ehrenamtlichen Engagement Jugend- und Sozialarbeit und fördern die Integration von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien und mit Migrationshintergrund. Darin werden wir sie weiterhin unterstützen. Die Sportanlagen müssen für diese Vereine auch in Zukunft kostenlos zur Verfügung stehen. Durch den Ausbau der Ganztagsangebote an allen Schulen brauchen wir eine bessere Zusammenarbeit mit den Sportvereinen.

Sport ohne Grenzen

Sportliche Betätigung kennt kein Alter, beugt Krankheiten vor und trägt zu einem ausgefüllten Leben bei. Wir wollen deshalb SeniorInnen- oder Mehrgenerationenspielfläche wie am Lietzensee und im Preußenpark sichern und ausweiten. Ein breiteres Angebot für SeniorInnen, aber auch für Kinder, die sich gerne bewegen, ist notwendig. Darüber hinaus sind Sportmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen möglichst in integrativen Angeboten bedarfsgerecht zu erweitern.

Beispielbarer Bezirk

Unser Ziel ist, dass Berlin zu einer beispielbaren Stadt für alle Generationen wird. Wir brauchen ein Netz von Spiel-, Bewegungs-, Erlebnis- und Aufenthaltsbereichen, die fußläufig erreichbar sind. Kinder und Jugendliche sind Expertinnen und Experten für die Schätze ihres Kiezes. Deshalb entscheiden sie bei der Gestaltung ihrer Spielräume mit – und zwar am besten schon im Planungsstadium. Wir wollen die in Pankow bereits erprobte Spielleitplanung in unserem Bezirk anwenden. Es geht darum, für ein bestimmtes Gebiet ein Konzept zu entwickeln, das auf einer gemeinsamen Leitidee beruht. Alle Planungs- und Umsetzungsebenen sollten in diesen Prozess einbezogen sein.

Grüne Sportanlagen

Sport kann nur stattfinden, wenn die Sporthallen und -plätze auch genutzt werden können. Auch in unserem Bezirk gibt es einen Renovierungsstau. Daher muss das Schul- und Sportanlagenanierungsprogramm erhalten und nach Möglichkeit ausgeweitet werden. Wir brauchen aber auch das bürgerschaftliche Engagement der Vereine z.B. bei der Pflege des Rahmengrüns und wollen Selbsthilfe zum Ausbau und Erhalt der Sportanlagen unterstützen.

Neue Sportstätten – z.B. in der Eisenbahnstraße und der Forckenbeckstraße – müssen behindertengerecht und unter ökologischen Aspekten gebaut werden, so durch Regenwasser für die Spülung und Solartechnik für die Brauchwassererwärmung und Energiegewinnung. Wir setzen uns für eine Fortbildung von ehrenamtlichen KlimaschutzberaterInnen im Sport ein.

Wer Grün wählt,

- *stimmt für Spiel- und Bewegungsräume für Jung und Alt*
- *unterstützt Breiten- und Leistungssport*
- *sorgt für bessere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen*
- *setzt sich ein für mehr Barrierefreiheit und Ökologie bei den Sportanlagen*

Haushalt, Finanzen und Verwaltung

Charlottenburg-Wilmersdorf ist innerhalb von fünf Jahren von einem soliden Haushaltsüberschuss tief ins Defizit geraten. Grund dafür ist vor allem die ungerechte Finanzzuweisung des rot-roten Senats an die Bezirke und die unklaren politischen Prioritätensetzungen eines Proporz-Bezirksamtes – danach wird die Anzahl der StadträtInnen nach der Stärke der Fraktionen bestimmt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen sich gegen die einseitigen Mittelkürzungen bei den Bezirken und sehen funktionsfähige Bezirksämter nicht als „teuren Luxus“, sondern als unverzichtbare Voraussetzung für eine bürgernahe Verwaltung und Politik vor Ort an. Auch in Haushaltsfragen wollen wir mehr aktive Beteiligung erreichen und das Modell „Bürgerhaushalt“ auf solide Füße stellen.

Bezirkliche Aufgaben solide finanzieren

Vor weiteren Einsparungen auf der Bezirksebene muss eine kritische Analyse und Reform des bisherigen Finanzierungssystems der Bezirke stehen. Das bestehende Modell der Kosten- und Leistungsrechnung führt zu einer einseitigen Betonung auf quantitative Faktoren. Insbesondere die den Bezirken vom Senat abverlangten hohen fiktiven Kosten für den Gebäudebestand ihrer Gemeinbedarfseinrichtungen – die alle Dienstleistungen des Bezirks künstlich verteuern – haben dafür gesorgt, dass das zugewiesene Geld zur Finanzierung der bezirklichen Angebote nicht mehr ausreicht und öffentliche Gebäude verkauft werden müssen. Die insgesamt zu geringe Mittelzuweisung führt zu dem ständigen Druck, die Qualität zu reduzieren, um Kosten zu sparen. Mit dieser Art der Finanzzuweisung sind gute Leistungen für die BürgerInnen und eine bürgernahe Verwaltung nicht realisierbar.

Bezirk braucht Neueinstellungen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, dass der Bezirk mehr Auszubildende übernehmen und neues Personal einstellen kann, um dem demografischen Wandel zu begegnen und eine leistungsfähige und serviceorientierte Verwaltung für die BürgerInnen in Charlottenburg-Wilmersdorf zu gewährleisten. Ohne Neueinstellungen kann der altersbedingte Verlust von etwa 40 Prozent der Beschäftigten in der Verwaltung in den kommenden Jahren nicht aufgefangen werden.

Gebäude nachhaltig bewirtschaften

Sowohl auf der Bezirks- als auch auf Landesebene werden sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür einsetzen, dass eine effiziente Gebäudebewirtschaftung erfolgt, Energieeinsparungen vorangetrieben und die Raumnutzung durch das Grüne Eigentümer-Nutzer-Modell transparent gestaltet wird. Aber auch das Land muss mehr finanzielle Verantwortung für die Sanierung der Bezirksgebäude übernehmen. Ein nachhaltiger Umgang mit den Bezirksgebäuden kann nur durch eine faire Zusammenarbeit zwischen Land und Bezirken erreicht werden.

Gut haushalten

Grüne Kommunalpolitik in Charlottenburg-Wilmersdorf stellt sich aber auch den Herausforderungen eines defizitären Landeshaushalts und bekennt sich zur gesamtstädtischen Verantwortung beim Schuldenabbau. Das bedeutet, dass wir auch im Bezirk die Mittel und Möglichkeiten werden ausschöpfen müssen, um den BürgerInnen gute Dienstleistungen vor Ort anbieten zu können. Unsere Grünen Projektideen sind vorrangig durch Umschichtungen im Bezirkshaushalt zu finanzieren. Sparen wollen wir vor allem bei der „Verwaltung der Verwaltung“. Die Personal- und Gebäudeverwaltung und die Bereitstellung von Informationstechnik können effizienter werden.

Einnahmen verbessern

Auch die Einnahmesituation muss verbessert werden. Das Land muss den Bezirken mehr Geld als bisher für die Finanzierung von Kultur- und Bildungseinrichtungen und Klimaschutzmaßnahmen zuweisen. Wir werden unser Engagement für die Einführung einer sogenannten „City Tax“ auf Landesebene fortsetzen, die als Abgabe auf Hotelübernachtungen gezielt in die Bezirkshaushalte fließen sollte.

Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden mit: Bürgerhaushalt

Ein wesentliches Kernelement der kommunalen Politik im Bezirk ist zweifelsohne der Bezirkshaushalt. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass das 2006 begonnene Bürgerhaushaltsverfahren mit den Kiezkonferenzen fortgesetzt und weiterentwickelt wird.

Auf der Landesebene setzen wir uns dafür ein, dass die bezirklichen Bürgerhaushalts-Verfahren finanziell und organisatorisch unterstützt werden.

Wer Grün wählt,

- *stimmt für eine auskömmliche Finanzierung und adäquate Personalausstattung der Bezirke*
- *setzt auf Erhalt und Pflege der Kultur- und Bildungsinfrastruktur, sozialer Einrichtungen sowie der Grünflächen und Straßenbäume*
- *fördert die BürgerInnenbeteiligung auch in Haushaltsfragen durch Kiezkonferenzen und Internetbeteiligungen*

Wenn Sie unsere Ziele unterstützen wollen,
können Sie dies auch in Form einer Spende tun:

Spendenkonto
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kontonummer: 9900 366 93
Bankleitzahl: 100 500 00
Berliner Sparkasse

Bitte die Adresse nicht vergessen, Spendenquittungen werden
automatisch im Folgejahr verschickt.

*(Spenden werden zu 50% direkt von der Steuer abgezogen.
Jährlich bis zu 1650 Euro bei Ledigen, bzw. 3300 Euro
bei gemeinsam Veranlagten.)*

MITEINANDER GRÜN GESTALTEN IN CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf
Rathaus Wilmersdorf
Fehrbelliner Platz 4
10707 Berlin
Tel.: 030 - 86 42 33 00
Fax: 030 - 86 39 78 65

E-Mail: kv@gruene-cw.de
Internet: www.gruene-cw.de

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier
mit Farben auf Basis nachwachsender Rohstoffe